

Volkswort

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volkswort“ erscheint mit täglichen Beilagen heute „Wort und Tat“. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. a. a. u. a. in der Provinz Sachsen. Schriftleitung: Dr. Wierstraube & Verlagsred.-Kaufmann Dr. 2405, 2407, 2408. Persönliche Korrespondenzen sind nach von 12 bis 1 Uhr. — Anzeigenamt einsehenden Anzeigenblätter in Halle das Reichspostamt

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. halbjährlich 10,00 RM., vierteljährlich 5,00 RM., halbjährlich 2,50 RM., beim Vorbestellen monatlich 2,50 RM., bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,00 RM. — Einzelgenusspreis 15 Pf. im Einzelnen und 10 Pf. im Restemittel der Briefkasten. Druckverlag Dr. Wierstraube & Kaufmann 2405, 2407, 2408. Verlagsdruckerei 2519 Straßburg

Halle grüßt sozialdemokratische Kommunalpolitiker

Halle, den 10. Oktober.

Es gehört zu den großen Seltenheiten, daß Halle trotz seiner günstigen Verkehrslage zum Tagungsort für Reichstagskonferenzen gewählt wird. Halle genießt scheinbar draußen kein großes Ansehen. Worauf diese offensichtliche Antipathie zurückzuführen ist, soll hier nicht erörtert werden. Mit um so größerer Freude sind deshalb Halles Sozialisten erfüllt, daß die kommunalpolitische Zentralstelle, die der Parteivorstand zur Bearbeitung aller kommunalen Angelegenheiten eingerichtet hat, sich entschlossen hat, die 4. Reichstagskonferenz für Kommunalpolitik in den Mauern Halles abzuhalten. Seit dem ersten Parteitag, den die Sozialdemokratische Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes — 1890 — in Halle abhielt, erleben wir — wenn wir den sich so verhängnisvoll auswirkenden Spaltungsparteitag der USP. außer Betracht lassen — zum ersten Male wieder eine Reichstagskonferenz, können wir bewährte Funktionäre begrüßen, die namens der Partei auf dem weitverzweigten Gebiete der kommunalen Politik tätig sind.

Wir freuen uns darüber, daß die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker aus allen Teilen der deutschen Republik nach unserer alten Salzstadt an der Saale kommen, obwohl sie wissen, daß ihnen hier kein so glänzender Empfang geboten werden wird, wie anlässlich der ersten Reichstagskonferenz in Kiel und der zweiten Tagung in unserer Schwesterstadt am Elbestrand. Halle steht kommunalpolitisch nicht in der Reihe der führenden deutschen Großstädte, kann daher auch nicht mit einem roten Rathaus paradien, wie Magdeburg.

Woran das liegt? Nicht etwa, daß die hallische Arbeiterchaft nicht zu kämpfen gewohnt hätte! Sie hat doch ihre Tradition durch zahlreiche und heftige Klassenkämpfe errungen. Aber: wohl nirgends wurde der Sozialdemokratie der Kampf um kommunale Gleichberechtigung so erschwert als in Halle.

Als es im Jahre 1895 gelang, in der Stichwahl erstmalig zwei Sozialdemokraten ins Dreiklassenparlament zu entsenden, da kann das reaktionäre Bürgertum sofort darüber nach, wie man ein etwaiges Aufkommen der Sozialdemokratie verhindern könnte. Zu der öffentlichen Stimmabgabe kam die Beseitigung der Wahlbezirke und die Verschleppung der Wahl auf drei Tage, wodurch auch der letzte Abhängige an den Wahltag getrieben werden konnte. Weshalb dem Eisenbahner, dem Postbeamten, der

damals es gemagt hätte, der „Wahl“ fernzubleiben. So war es denn kein Wunder, daß alle die Jahre hindurch nur fünf oder sechs Arbeitervertreter, die zumeist auch nur in dem inzwischen eingemeindeten Vororte Giebichenstein gewählt worden waren, auf dem Rathause saßen.

Schwimmbad sein könne — endlich am Ende sei.

Die Hoffnungen erfüllten sich leider nur zum Teil: Die bei der ersten Stadtverordnetenwahl am 2. März 1919 erzielte knappe Mehrheit von 2 Stimmen ging schon nach einigen Wochen bei der wegen

ausgeliefert. Von nun an regierte wieder das Bürgertum, vereint von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, unbeschränkt bis auf den heutigen Tag.

Wenn es auf kommunalem Gebiete in den letzten Jahren trotzdem vorwärts gegangen ist, dann ist dies zurückzuführen einmal darauf, daß das um den Profit besorgte Bürgertum durch die Regsamkeit der beiden großen Nachbarstädte Magdeburg und Leipzig zum Fortschreiten gezwungen war, zum anderen auf die zielbewußte Arbeit der kleinen sozialdemokratischen Rathausfraktion. Denn während sich die zurzeit — zahlenmäßig wenigstens! — noch stärkere kommunalpolitische Fraktion ausschließlich darauf beschränkt, zur Belebung der Agitation sinnlose Anträge einzubringen, stellt sich die sozialdemokratische Fraktion bemüht auf positive Arbeit ein. Mit welchem Erfolge, das ist aus den Aufzügen ersichtlich, die unsere Stadtverordneten anlässlich der Reichstagskonferenz in dieser Nummer beigezeichnet haben. Was in Halle in den letzten Jahren geschaffen wurde, ist der Erfolg zähen Ringens und Kampfes mit den Feinden kommunalen Fortschritts.

Wir stehen vor neuem Kampfe. Am 17. November sollen in Preußen und in einer ganzen Reihe von Ländern alle kommunalen Körperchaften neu gewählt werden. Wir stehen unmittelbar vor einem kommunalen Großkampfe. Einen Generalkampf auf die Kommunalparlamente sollen die breiten Schichten des arbeitenden Volkes unternehmen. Mit der

Reichstagskonferenz in Halle eröffnet die Sozialdemokratische Partei den kommunalen Großwahlkampf. Mit Eigen, Verleumdung und Niedertracht wurden die letzten Instanzwahlen des Jahres 1924 geführt. Unter der Parole „Kampf der roten Wirtschaft“ haben sich wieder Demokraten und Deutschnationale, nicht nur in Halle, sondern in den meisten Orten unseres Bezirks, brüderlich vereint zum Kampfe gegen sozialistische Kommunalpolitik — zu einem Kampfe, den sogenannte Kommunisten durch noch gemeinere Wahlmethoden unterstützen werden. Alle, von der äußersten Rechten bis zur äußersten „Linken“, stehen sie im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie.

Der bevorstehende Kampf wird schwer, es wird ein außerordentlich heftiges Ringen um den Fortschritt, gegen den Rück-



Halles neues Rathaus
Gesehen vom neuen Schwimmstadiongebäude

Erst als mit der Revolution das allgemeine, freie und — vor allem — das geheime Wahlrecht eingeführt wurde, schien es, daß auch für die hallische Sozialdemokratie freie Bahn geschaffen. Man hoffte, daß es mit der Stagnation, die das besondere Kennzeichen altallischer Kommunalpolitik war, — hat es doch, um nur eines herauszugreifen, eines fast zwei Jahrzehnte währenden Kampfes bedurft, um die Stadtväter von daheim davon zu überzeugen, daß eine Großstadt wie Halle nicht länger mehr ohne ein städtisches

der Märzruhen notwendig gewordenen Wiederholung der Wahl verloren. Das Bürgertum und die beiden sozialdemokratischen Parteien hielten sich mit je 33 Stimmen die Waage. Doch konnten für die Arbeiterchaft wichtige Abstimmungen durch die Stimme des sozialdemokratischen Vorstehers beeinflusst werden. Lange hat dieser Zustand jedoch nicht angehalten, denn bereits im Herbst 1920 wurde die in Halle sehr starke USP. von Postau gespalten, und so auch der so bedeutsame Vorsteherposten bewußt dem Bürgertum



Bank im Herbst

Fernab vom Getriebe des Dämons Verfalls steht an einem kleinen Grünstück der Großstadt, umschmeichelt von den milden Straßen der Herbstsonne, eine Bank. Sie ist der Treffpunkt der Alten und Jüngeren der Großstadt, der alten Leute, die hier ihre dreizehnten Glieder wölbig der betenden Sonne entgegenstrecken, der einzigen ungenüßlichen Gabe, die ihnen das lange Leben auf dieser Erde noch bietet. Da sitzen sie schon früh am Morgen, plaudern miteinander oder hängen den Blick in die blaue Himmelsferne der waldeten, alten Erinnerungen nach, resigniert, weilmüde, läge der Bitternis um den Mund oder jenes

unsäglich machte. Bald darauf starb seine Frau. Und dann begann das Elend. Die Zwölfenteile des Lebens viel zu wenig und zum Sterben zu spät. Bitternis liegt über des Alten Antlitz. Mit ältlichen Händen wiegt er das „Unheilvolle“ seiner Tochter, die für die seine Familie in der Karriernogenschaft des Unterhalts verdienen muß. Die ist der ältliche Herr mit dem Spitzbart, noch immer gekleidet in dem fahelstehenden Kneifer, ein Kleinrentner, den der Krieg die beiden Söhne und die Qualifikation das Ehepaar raubte. „Ach glauben Sie, lieber Herr, man spricht nicht gern davon...“



leife, schmerzhaft überausene Räseln, das ein Zeichen für die Lebensumkehr einer Welt, zu der man keine Beziehungen mehr hat...

Herbst, Fixationsbestimmung der Natur und alte Leute, wie schön passen sie zueinander. Mensch und Natur, beide schmerzhaft, feiern ihren Lebensabend. Und doch wie verschieden: Natur mit derartiger Räseln, glücklich über die vollbrachte Arbeit, noch einmal mit ganzer Fingerring ihre Schönheit ausströmen, fest vergebend. Diese Menschen, resigniert, belustigend, von Enttäuschung, Verzweiflung, Verzweiflung, glücklich nur in dem einen Gedanken, das Leben bald auch so abzuhängen zu dürfen, wie dieser schöne zur Hüfte gehende Herbsttag...

Trauriges Schicksal ist da manchmal vom Wind des Zufalls auf die kleine grüne Bank in der Sonne geweht.

Da ist der alte Vater, fast an die Siebziger heran. Einst war er Werkmeister in einer Maschinenfabrik, hatte ein gutes Auskommen mit seiner Frau und der einzigen Tochter. Dann kam das Unglück im Betriebe, das ihn das Bein gerisselt schmerzte und ihn, den schon Älteren, arbeits-

Da sind die Sorgegeschlechter der alten Proletarierkinder, deren einziges Glück sich um die Kinder dreht, das einzige Objekt ihrer Liebe und Sorge. Da ist auch der Mann mit dem roten Gesicht und dem streifenförmigen Schürzenrock, der seinen Sommer noch das glatte Pelzkleid nicht abgelegt hat und so manchen Tag noch seinen alten Hut auf den Kopf hat. Er ist der Mann, der in der Zeit der Kämpfe, der Kämpfe, der Kämpfe, die Vergangenheit hat sie enttäuscht, mit jeder Augenblicke in die Zukunft. Das Schicksal hat den glücklichen Mann jetzt über ihren Worten.

Dann und wann aber steht sich ein junger Arbeiter zu ihnen, ebenfalls arm, aber dennoch mit dem Feuer der Zukunft in den Augen. Und er redet zu den Alten von einer besseren, gerechteren Welt. „Sie kommt, sie wird kommen. Geduld! Dortwärts, nur dortwärts geht der Kampf. Unser ist die Zukunft, unser!“

Wer in den weiten Pupillen der Alten schimmernd nur das milde Berghimmels des herrlichen Tages, Ga.

8801 Arbeitlose.

Unterjährig Arbeitlose im Gebiet des Arbeitsamts Halle waren am 5. Oktober vorhanden: Halle Stadt 298 männliche, 79 weibliche, zusammen 377. Landkreis 1816 männliche, 201 weibliche, zusammen 2017. Stadt und Kreis Merseburg 1444 männliche, 146 weibliche, zusammen 1590. Duerfurt 683 männliche, 15 weibliche, zusammen 698. Mansfelder Feldkreis und Kreis Dessau, soweit zum Arbeitsamt Halle gehörig 579 männliche, 29 weibliche, zusammen 607. Zusammen 7417 männliche, 1089 weibliche, 8506 überhanpt.

Die gefährliche Straße.

Gestern mittags wurde in der Merseburger Straße ein 15jähriger Knab von einem Personenkraftwagen angefahren. Er wurde schwer verletzt dem Krankenhaus Bergmannstr. zugeführt. An der Ecke Merseburger und Barossastraße stießen ein Lastkraftwagen und ein Motorrad zusammen. Der Motorradfahrer wurde durch den Knapp gegen einen Baum geschleudert und er litt leichte Verletzungen an der Hand. Das Motorrad wurde abgeheftet.

Erster Gas.

Gestern regen oben verübte eine Frau in ihrer Wohnung in der Bernhardsstraße durch Einsetzen von Gas Selbstmord. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Techniker-Treffen.

Am 6. Oktober veranstalteten Mitglieder recht Angehöriger der Ortsvereine des Städte Merseburg, Weißenfels und Rumburg des Bundes der technischen Angestellten und Beamten ein Mitgliederessen in Freiburg an der Unstrut. Mit Vortrag ging die Rede über die Lage der Technik im Zusammenhang mit dem Unstrut entlang über die Stellung und die Bedeutung, von der man einen prächtigen Rundblick über Fluß, Berg und Tal im Schilde der herrlichen Natur hatte, nach Freiburg. Nach Besichtigung aller Lebensbedingungen fanden sich die Teilnehmer im Saal des „Schützenhauses“ zusammen. Vortragsträger, Redaktionen und Lang jongliren dafür, daß sich die Teilnehmer beide als in einer großen Familie geformt bezeichnen. In einer Artprobe betonte der Generalsekretär, Ingenieur Blumenstein, daß gemeinsame frühere Stunden sehr wohl in den Rahmen der Gewerkschaftsarbeit passen; ja, daß alles besser einsteht werde, durch den Ausbau der Gewerkschaften und letztere nicht alle Maßnahmen, was an der Sonnenseite des Lebens teilhaben zu lassen.

Verheirateter Ehemann, vergangene Nacht überstiegen zwei Männer die Umkleidekabine der Arbeiterin in der Ludwigstraße und machten sich an dem im Vorgarten liegenden Eichenstamm zu schaffen. Die wurden durch den Hausmeister gefasst und verurteilt.

Ein Skandal!

Was sich ein „neutrales“ Blatt in Halle erlaubt

Die „Hallische Nachrichten“, angeblich parteilose, politische, „neutrale“ Zeitung, immer noch Amtsblatt des Polizeipräsidenten in Halle und anderer Behörden, die einen Epitaphen haben, der Demokrat sein soll, unternehmen es, gegen den Rundfunkvertrag des Reichsministers über das Jugenberg-Vollstreckungssturm zu laufen. „Politische“ „Rundfunk“ überbreiten sie einen von K. H. geschickten Aufsatz, in dem es heißt:

„... Und nun sollen auch noch die elektrischen Wellen politische Schlagworte verbreiten, in den friedlichen Wohnstuben der Familien soll der Streit der Parteien widerhallen? Der Himmel bewahre und davon!“

Dergegenüber erklärt Reichsminister Carl Severing:

„... Nach den Wünschen der Reichsregierung und den Ländern vereinbarten amtlichen Richtlinien für den Rundfunk steht der Reichsregierung ebenso wie den Länderregierungen ausdrücklich das Recht zu, amtliche Vorträge und Nachrichten nach eigenem Ermessen durch den Rundfunk zu verbreiten. Diese sogenannten Auftragsvorträge und Nachrichten stehen außerhalb der Verantwortlichkeit der Sendegesellschaften und ihrer Überwachungsbehörden; nur die Regierungen tragen die Verantwortung für ihren Inhalt. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß jede Regierung das Recht in die Pflicht hat, gegenüber einer die Öffentlichkeit so großartig irreführenden Propaganda, wie sie jetzt beim Volks-

gebeten gemacht wird, die Bevölkerung über den wahren Sachverhalt zu unterrichten. Das ist keine Parteipolitik, sondern lediglich amtliche Feststellung der Wahrheit. Da das Recht zu solchen amtlichen Rundgebungen in der Richtlinien des Rundfunks den Regierungen ausdrücklich vorbehalten ist, so kann von einem Mißbrauch des Rundfunks gar keine Rede sein.“

Dieses Recht der Regierung betritt das hallische Blatt. Denn es schreibt wörtlich:

„... Die Regierung aber steht nicht über diesen Parteien, sie ist im Gegenteil selbst eine dieser Parteien. Denn gegen sie richtet sich im Grunde genommen das Volksgeschehen. Und sie führt einen scharfen Abwehrkampf dagegen. Wenn sie nun für diesen Kampf den Rundfunk als Mittel in Anspruch nehmen zu können, dann hat das alle Recht auf die Gegenpartei.“

Der hallische Generalanleger, Amtsblatt des republikanischen Polizeipräsidenten, nimmt also offen Stellung gegen die Reichsregierung und für das Jugenberg-Vollstreckungssturm, denn auf nichts anderes läuft es doch hinaus, wenn in diesem inoffiziellen Verleumdungsbeitrag gegen die Reichsregierung, der verfassungsmäßigen Regierung, das Recht zur unabhängigen Unterrichtung der Öffentlichkeit bestritten, den niederträchtigen Verleumdungen oder die Parteilichkeit mit der Regierung eingetruemt wird. Nach dieser neuesten Probe „parteilich-neutraler“ Journalistik sollte auch dem Unbeherrschten ein Licht aufgehen.

4. Kommunalpolitische Reichskonferenz der SPD. am 11., 12. und 13. Oktober 1929, im „Volkspark“ zu Halle, Burgstraße 27

Heute abend 8 Uhr im „Volkspark“ Begrüßungs-Abend

unter Mitwirkung des Stadttheaterorchesters, städt. Kammermusiker, sowie des Oberspielleiters A. Durra und des Freien Sängerkhors

Freitag, 11. Oktober 1929, 8 Uhr, im „Volkspark“ und im „Wintergarten“:

Kommunalpolitische Kundgebungen

Redner: **Karl Severing**, Reichsminister des Innern, M. d. R. **Albert Grzesinski**, Preuß. Minister d. Innern, M. d. L. **Oberbürgermeister Belms-Magdeburg** **Ministerpräsident a. D. Stelling** **Stadtrat Ernst Reuter-Berlin** **1. Bürgermeister C. Stoll-Fürstenwalde** **Oberbürgermeister Max Brauer-Altona** **Stadtvorstand Rob. Görtinger-Köln**

Die hallische Bevölkerung ist zu allen Veranstaltungen freundlichst eingeladen, insbesondere auch alle Leser des „Volksblatt“

SPD, Ortsverein Halle. Wo ruft die Pflicht?

Freitag, den 11. Oktober, päpstlich 20 Uhr, im Volkspark (Burgstraße) und Wintergarten (Magdeburger Straße):

zwei öffentliche Kundgebungen.

Es nehmen teil: Die Ortsmitglieder 1, 2, 3, 4, 5, 7, 10 und 15 im Volkspark.

Die Ortsmitglieder 6, 8, 9, 11, 12, 13 und 14 im Wintergarten.

Die Mitglieder werden höflich gebeten, unsere Anmeldungen streng zu befolgen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß, Ortsgruppe Halle.

Die Reichsbannerkameraden beteiligen sich mit Angehörigen an den Kundgebungen der SPD morgen, Freitag, abend 8 Uhr im „Volkspark“ und im „Wintergarten“. (Gandestellung.)

Jungarbeiter!

Befucht die Werbepostkarten der freien Gewerkschaften. Freitag, den 11. Oktober, im Gewerkschaftshaus, 20 Uhr: Jugendversammlung der Arbeiter. Sonntag, den 13. Oktober, im Gewerkschaftshaus, 14½ Uhr: Jugendversammlung der Rahrungsmittele- und Getränkearbeiter.

Bereanstellungen des ADGB-Jugendauschusses.

Sonntag, den 13. Oktober, vormittags 8½ Uhr: Treffen vor dem Hauptbahnhof zur

Befichtigung des Großkraftwerkes Sickernewitz.

Abfahrt um 1½ Uhr für Jugendliche. Weitere Kollegen müssen eine Sonntagspostkarte bis Großkraftwerk Sickernewitz.

Kundgebung bis spätestens Freitag, den 11. Oktober, in den Verbandsbüros bei den Jugendleitern. Es wird erwartet, daß alle Jugendkollagen der freien Gewerkschaften sich an dieser Befichtigung beteiligen.

Flugtag in Halle-Nietleben

Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 2½ Uhr mit Oskar Dimpfel und Ing. Hempel, Trapez-Akrobatik bei 150 km Geschwindigkeit. Gemischte Staffete um den Ehrenpreis der Stadt Halle. / Kunstflüge, Rückenflüge, Ballonrammen, Fallschirmsprung. / Rundflüge zu bedeutend ermäßigten Preisen, ausgeführt v. „Sturmvogel“, Flugverband d. Werkstätten. / Ab 2 Uhr Konzert der Bergkapelle

Eintrittspreise: Erwachsene 0,50, 1,00, 2,00 Mark Kinder 0,30, 0,50, 1,00 Mark Straßenbahnhalbtarif 4, 9 und Sonderwagen Omnibusverbindung ab Markt von 1 Uhr an



Sozialdemokratische Kommunalpolitik

Halle an der Saale

Im Flug durch die Jahrhunderte

Von der Entdeckung der Salzquellen von Halle erzählt man sich folgende Begebenheit: In altersgrauen Zeiten weidete ein Saubirt seine Herde auf den Saalwiesen. Die Säue wälzten sich lustig im Morast, und als die Sonne sie trocknete, da farrten ihre Borsten von Salzkrustallen. Man fasste die Quellen ein und begann das Salz zu siedern, und noch heute befindet sich im Talamt der Gutfahrbrunnen, allerdings jetzt ausgestattet mit modernen Maschinen und Pumpen, die die Sole zur Saline leiten. Dort arbeiten die letzten Nachkommen der ehemaligen Salzwirkerschaft, die Halloren.

Zum Schutze dieser Salzquellen und zugleich als Grenzfest gegen die Slaven wurde Halle unter Karl dem Großen stark befestigt, entwickelte sich zu einem bedeutenden Handelsplatze und erreichte im Mittelalter als Mitglied der Hanse seine

höchste Blüte. Jetzt ist Halle Großstadt mit bedeutender Industrie, vor allem Maschinen-, Zuder- und Stärkefabriken und vielen Brauereien. Halle als Stadtbild hat wenig Charakter. Die alten Viertel sind gefallen. Nur wenige historische Baumreste sind geblieben. Da ist zuerst der Leipziger Turm, ein Ueberbleibsel der alten Stadtbefestigung. Es folgen die drei Kirchen:

„St. Marien mit dem schönsten Gebäud, St. Moritz mit dem schönsten Gelschmeiß, St. Ulrich mit dem schönsten Gelsäut.“

Am schönen Markt, der mit seinen grell bunt gefärbten Häusern ein farbenfrohes Bild ergibt, steht das Rathaus, ein unregelmäßiger Bau mit doppelstöckiger Laube (um 1550). Das Nebengebäude, die „Baage“, hat eine gutehaltenene, ge-

schnitzte Tür. Das Denkmal davor ehrt den 1865 in Halle geborenen Londichter Händel. Auf der ehemaligen Richtstätte erhebt sich stolz und frei ein 84 Meter hoher Glockenturm, der „Rote Turm“, davor ein feinerer Roland mit dem Richtschwert.

Sein Gepräge erhält der Platz durch die viertürmige Marienkirche, auch Martkirche genannt, ein Prachtwerk der Spätgotik mit schöner Decke. Hier verwahrt man auch die Totenmasse Luthers.

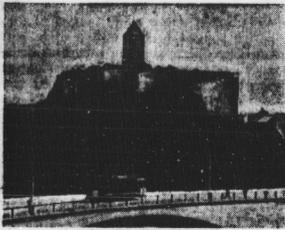
Ueber eine Treppe gelangt man zum tieferliegenden Hallmarkt und zur Moritzkirche, der Kirche der Salzwirkerschaft. Noch jetzt verwahren hier die Halloren ihre Fahnen und viele Kostbarkeiten aus alter Zeit.

In den Wäffern der Saale spiegeln sich die stattlichen Reste der im 30jährigen Kriege durch Feuer zerstörten Moritzburg,



Die Moritzburg

An der Saale Die Burgen



Burg Giebichenstein

während am Stadende von hohem Porphyressen die Ruine Giebichenstein herübergrüßt. Auch sie wurde von den Schweden 1636 zerstört.

Halle ist nicht nur Universitäts-, sondern auch Schulstadt. Nach den Greueln des 30jährigen Krieges gründete der Barock- und Universitätsprofessor August Hermann Franke 1698 ohne alle Mittel seine weltberühmten Stiftungen.

Ueber das Halle von heute, insbesondere seine wirtschaftliche Zukunft, ist wenig zu sagen. Man nennt Halle heute das „mitteldeutsche Offen“. Ob mit Recht oder Unrecht, vermag keiner zu sagen. Jedenfalls ist Hallens wirtschaftliche Gegenwart wenigstens im Verhältnis zu mancher Großstadt gleicher Größe, nicht schlecht.

Halle hat mit 2 humanistischen Gymnasien, 2 Oberrealschulen, 1 Reform-Realgymnasium, zwei Realschulen, das eine mit realgymnasialer Subalternität, das andere mit Frauenschule, Frauenerbschule gymnasialer Art, und einem staatlichen Oberlyzeum ein reich gefaltetes höheres Schulwesen, und dennoch dürfte die Errichtung einer deutschen Oberschule und vor allem einer Aufbauhochschule sehr erwünscht sein.

Die Anziehungskraft eines so reich gefalteten Schulwesens zeigt sich in der Zahl der auswärtigen Schüler. Schon in den Volksschulen finden sich 70 Kinder mit je 30 Mk. Fremdenbeitrag und 120 Kinder mit je 108 Mk. Schulgelddbeitrag. 380 auswärtige Schüler besuchen die Mittelschulen und unter den 2886 Schülern der städtischen höheren Schulen sind 417 von auswärtig. Diesen Zahlen sind noch rund 800 auswärtige Schüler der städtischen Schulen hinzuzugählen.

In hoher Blüte steht das Berufsschul- und höhere Fachschulwesen. Mehr als 6000 Schüler besuchen die gewerbliche Berufsschule mit Handwerker- und Maschinenbauabteilung an denen 52 hauptamtliche und eine größere Zahl nebenamtlicher Lehrkräfte tätig sind. Die kaufmännische Berufsschule mit angegliederter Handels- und Höherer Handelschule zählt 1900 Schüler und 21 hauptamtliche Lehrkräfte. 825 Schülern, von 30 Lehrkräften unterrichtet, fanden im Schuljahre 1928 in der Gewerbe- und Haushaltungsschule für Mädchen mit einem Seminar für technische Lehrerinnen die erforderliche Berufsausbildung.

In diesem Zusammenhang muß auch die Kunstgewerbeschule, die für 1929 einen städtischen Zuschuß von 170 800 Mk., das ist für einen Schüler rund 1500 Mk., erfordert, erwähnt werden.

Der Arbeitsschulgedanke tritt wohl kaum in einer anderen Stadt sichtbar zu Tage als in der Schulstadt Halle. In wenigen Jahren sind an den Volks-

schulen 7, an den Mittelschulen 10 und an höheren Schulen 4 Schülerwerkstätten in teils modernster Aufmachung entstanden. Von 4910 Schülern der Oberstufe der Volksschulen nahmen 1060, d. h. 21 Prozent am Werkunterricht teil, während die Beteiligung an den Mittelschulen 34,21 Prozent betrug, 18 eigens für Nadelarbeit hergerichtete, mit Werkstätten und 100 Nähmaschinen ausgestattete Räume dienen dem Nadelarbeitsunterricht für die Mädchen. In 11 komfortabel eingerichteten und mit den erforderlichen Werkstätten für Maschinen, Platten- und sonstige Ausarbeit verbundenen Schulküchen wird lehrplanmäßiger Hauswirtschaftsunterricht erteilt. In einem neunten freiwilligen Schuljahre kann die hauswirtschaftliche Ausbildung vertieft und erweitert werden. Wenn von 1500 Schülertafelassen Mädchen nur 148 von dieser Einrichtung Gebrauch machen, so ist wohl weniger die Art des Schulbetriebes, als vielmehr die wirtschaftliche Lage der Eltern, die dazu zwingt, die Schülertafelassen sofort einer lohnenden Beschäftigung zuzuführen, der Grund. Freiwillig ist während der Schulzeit der Unterricht in Gartenbau, in Stenographie. An der Gartenarbeit — die Stadterveraltung hat soviel Land zur Verfügung gestellt, daß

jede Schule einen eigenen Schulgarten hat — nahmen im Schuljahre 1928 = 1337 Volksschüler, d. h. 27,2 Prozent, und 276, d. h. 14,3 Prozent, Mittelschüler teil. Am Stenographieunterricht beteiligten sich 898, d. h. 18,3 Prozent, Volks- und 489, d. h. 24,2 Prozent, Mittelschüler. Für die Unterhaltung der Schulgärten sind im Etat für 1929 = 7200 Mk. vorgesehen.

Halle ist eine evangelische Stadt, das zeigt sich auch im Religionsbekenntnis der Volksschüler. Von den 16 451 Volksschülern im Jahre 1928 gehörten 14 268, d. h. 86,7 Prozent, zur evangelischen und 695, d. h. 4,2 Prozent, zur katholischen Kirche. 1436, d. h. 8,8 Prozent, waren Dissidenten und 55, d. h. 0,3 Prozent, Schüler waren jüdischen Glaubens. Seit der Errichtung von

zwei Gammelschulen ist die Zahl der vom Religionsunterricht befreiten Kinder im Steigen begriffen.

Während im Schuljahre 1925 in den Volksschulen 5,7 Prozent, in den Mittelschulen 1,3 Prozent und in der Sülzschule 1,9 Prozent vom Religionsunterricht befreit waren, stellte sich der Prozentfuß im Schuljahre 1928 in den Volksschulen auf 8,7 Prozent, in der Sülzschule auf 2,8 Prozent, während er in den Mittelschulen auf 0,9 Prozent sank.

Die geringe Bautätigkeit in der Nachkriegszeit wirkte sich natürlich auch verhängnisvoll auf das Vorhandensein des erforderlichen Schulraumes aus, bestanden doch im Schuljahre 1928/27 nicht weniger als 30 fliegende Klassen, d. h. Klassen ohne eigene Schulräume. Zwar wird diesem Uebelstande durch die Erbauung einer das Maß des Notwendigen überschreitenden Sülzschule sowie eines neuen Volksschulgebäudes im Süden der Stadt abgeholfen, und man darf wohl hoffen, daß in allernächster Zeit von einem Mangel an Schulraum in der Schulstadt Halle nicht mehr gesprochen werden kann.

Zum Schluß seien die Anträge der SPD-Stadtvorordnetenfraktion zum diesjährigen Etat bekanntgegeben, durch die wir verhoffen, das Bild vom hallischen Schulwesen zu beeinflussen.

1. An den Schulhausbaufonds sind nicht 100 000, sondern 400 000 Mk. abzuführen.

2. Der städtische Zuschuß an die Schuldvervaltung ist auf den einzelnen Schüler der verschiedenen Schularten in gleicher

Zahlen aus dem hallischen Schulleben

Stadtvorordner P. Wilke

Keine Statistik, die irgend etwas Mögliches oder Unmögliches bewahrheiten soll, wollen die hier genannten Zahlen sein, sondern in der Art eines einfachen Spiegels wollen sie dem Leser ein klares, ungewolltes, wenn auch nicht nach allen Seiten hin erschöpfendes Bild vom hallischen Schulwesen bieten. Dabei wollen sie reden und zeigen, keinem zu Liebe und keinem zu Weide.

4 968 700 Mk., das sind 22,9 Prozent des gesamten Finanzbedarfes für das Rechnungsjahr 1929, betragen die Aufwendungen der Stadt Halle für sein Schulwesen.

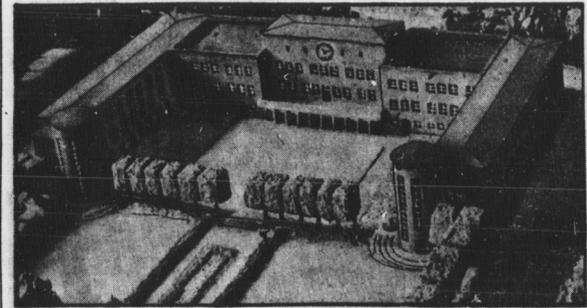
Steht mit diesem Betrage die Schulverwaltung bei der Beteiligung der einzelnen städtischen Verwaltungsweize an dem Finanzbedarf zwar nicht mehr wie in der Vorkriegszeit (1914 = 30,42 Prozent) an erster Stelle, so darf doch von einer Hinterrangstellung der Schulbelange nicht ge-

rebet werden. Ob die Verteilung der obigen Summe auf niedere, mittlere und höhere Schulen freilich dem Prinzip der Gleichberechtigung, dessen Anwendung für einen Volksstaat doch eine Selbstverständlichkeit ist, entspricht, das wollen man aus folgenden Zahlen erkennen.

Während der Zuschuß für einen Volksschüler 148 Mk. ausmacht, beträgt er für einen Mittelschüler 368 Mk. und für einen Schüler der höheren Schulen 422 Mk.

Auf solchem Wege ist man bestimmt auch, wenn man für einen anormalen Schüler 493 Mk., für den normalen Schüler aber nur 313 Mk. aufwendet. (Siehe nächste Seite: Was fällt, stoße man — Barmherzigkeit ist Schwäche.)

Einen Unterschied in den einzelnen Schularten zeigt auch die Klassenbesetzung. In Schuljahre 1928 betrug diese in den Volksschulen 42,51, in der Sülzschule



Die Hilfsschule am Büllberger Weg, die in Kürze in Benutzung genommen wird

5. Die Volksschule ist durch ihre Einrichtungen und ihr Gehalt auf den Stand der Mittelschule zu erheben.

6. Die Schüler der hiesigen Schulen sind durch den Schulrat nicht nur zu besetzen, sondern, soweit es erforderlich ist, auch zu behandeln.

7. Durch die Gewährung freier Lehr- und Lernmittel, durch Schulgelderfreiheit und ausserordentliche Gewährung von Erziehungsbefähigen ist den begabtesten Kindern aller Volksschulen der Besuch der höheren Schulen zu ermöglichen.

8. Die Klassenbetriebsleiter darf bei keiner Schularzt mehr als 35 betragen. Die Kosten für die Errichtung der erforderlichen Vorstellen sind zur Erreichung des Mehrzwecks 3 durch Erhebung des Finanzbedarfes zu erbringen.

Stadt Halle als Grundeigentümerin

Kommunalepolitische Betrachtungen

Stadtvorstand Paul Bährfeld

Nach dem Verwaltungsbericht der Stadt Halle für das Rechnungsjahr 1927 hatte die Stadt am 31. März 1928 einen Grundbesitz von 2789,8 Hektar, davon im Stadtkreise 1272 Hektar oder 30,5 Prozent des gesamten Stadtgebietes von rund 4176 Hektar (seit Ankauf der Gasse ca. 40 Prozent), ohne öffentliche Straßen und Plätze, also ein riesiger Aktivposten im Vermögen der Stadt.

Ein triviales Kapitel ist und bleibt die Bewertung der hiesigen Güter.

Zwei davon sind bereits festgestellt, und zwar Grund und Boden. Die hiesigen Grundbesitzer werden nach Seebens und Beelen. Ersteres ist verpachtet für (in diesem Jahre) 58 520 Mk., d. h. pro Morgen 22,98 Mk. Besidehend ist, daß der bisherige Pächter von Seelen, trotzdem er nur 4 Jentner Roggen pro Morgen, also nach nicht 10 Mk. zahlen sollte, angeblich infolge Mißernte Ernteertrag verlangt und erhalten hat und auf Ertrag 4 klagt.

Wie wird nun dieser Besitz im Interesse der Stadt verwertet?

Am 1. April 1928 hatte der Besitz eine Größe von 2654,9760 Hektar, davon bebaut oder als Pflanzfläche um 455,6450 Hektar, freie Grundfläche 2099,3314 Hektar einschließlich Stützungsland; es hat sich 1928/27 vermehrt um 98,5871 Hektar, also um rund 140 Morgen, darunter das Gut Gailberg mit rund 80 Morgen. Weiter wurden erworben 20 Gausgrundstücke, teils zur Verwendung des hiesigen Bestes, teils für Straßenaufbau. Veräußert wurden in derselben Zeit 2,0618 Hektar, teils für den Wohnungsbau und z. T. im Wege des Verkaufs gegen andere Grundstücke. Weiter wurden Erbaurechte zum Zwecke des gemeinsamen Wohnungsbaues begeben auf rund 14 000 Quadratmeter. Leider kann auf diesem Wege nicht mehr getrieben, weil die Kapitalbeschaffung fast unmöglich ist, wenn das Grundeigentum nicht mit dem Hauseigentum zusammenfällt.

Seit 1. Juli 1928 wird das Gut in eigener Regie verwaltet und soll 26 700 Mk. Ertrag bringen. Ob es das tut, sei dahingestellt. Das tollelose Aussehen einiger von dem Pächter hinterlassener Grundstücke läßt doch einige Befürchtungen aufkommen; allein 27 000 Mk. für Unkaufleistung mußten ausgegeben werden.

Einmisch ist, angeblich wegen ungenügenden Ertrages, geschlossen worden. Die Erben sind mit Hilfe des Bürgerblocks verpachtet und die Gebäude z. T. zu städtischen Zwecken (öffentliche Fürsorge und Jugendpflege) vermerkt worden.

Auch das Stadtgut am Billberger Weg sollte sich nicht mehr zur geschlossenen Verwertung eignen; es wurde ebenfalls geschlossen und in verschiedenen Parteien verpachtet. Die Gebäude werden teilweise für städtische Zwecke vermerkt.

Unter Fraktion hat in der Berichtzeit stets den Versäumnissen von Baugrund in gemeinnützige Genossenschaften zugestimmt, weil anderenfalls die Beschaffung von genügendem Wohnraum auf äusserst gefährdeter war. Zur Bedingung haben wir gemacht, daß Ertrag und in ausreichender Größe und entsprechendem Werte zugekauft werden müsse. Das ist geschehen. Leider haben unsere dringenden Mahnungen, Enteignungen von brennendem Gelände vorzunehmen, nicht die nötmige Beachtung gefunden, so daß mit Ausnahme der letzten Jahre fast nur auf hiesigen Gelände gebaut werden mußte. Teilweise wurde die Stadt durch Verkauf von Privatbesitz erworben, um es für die Baugemeinschaften besser zu machen. So z. B. das große Gelände zwischen Königsr. Straße, Gutfenstraße, Billberg und Bismarck. Hier hat sich erfreulicherweise Gelegenheit zur Entgegung eines beträchtlichen Stückes Gelände

Eine lebhafte Diskussion über vor längerer Zeit die Frage der Aufhebung der Jahrmärkte aus. Das Markttanzen soll immerhin den Betrag von 40 000 Mk. bringen, eine Summe, wie einer der Interessenten beobachtet bemerkte, die gerade zur Befriedigung der beiden Bürgermeister ausreichte. Man war sich hier aber einig. Niemand in der Stadtvorstandversammlung dachte daran, die Märkte aufzugeben. Nur über die Pflichtfrage konnte noch keine Entscheidung getroffen werden.

Die Meinen und Mähte sollen die erhebliche Summe von etwa 1,1 Millionen Mark erbringen. Darin sind enthalten die Summen für die geschlossenen Güter und für die Werten in hiesigen Gebäuden. Das erfordert natürlich eine erhebliche Verwaltungsverwaltung; es bliebe zu erörtern, ob man nicht etwa die Selbstverwaltung der geschlossenen Baublocks auf Grund von Regioorganisationen verdruckweise einführen sollte.

und gleichzeitig zur Bereitstellung von etwa 250 Dauerchrebergärten. Weiter wird ein beträchtlicher Teil des hiesigen Grundbesitzes für Kleingärten und Kleingartenbewirtschaftung verpachtet. Die Festsetzung der Pachtpreise bietet jedes Jahr erhebliche Schwierigkeiten. Sie obliegt einem Auswahlgremium, dem Kleingartenbeirat. In diesem isten natürlich auch die Pächter, die Interesse an möglichst hohen Pachtpreisen haben; es läßt sich dann eben nur durch Mehrheitsbeschluß helfen, welche Preise für Gartenland im Höchstfalle verlangt werden dürfen. Trotzdem kommen Pachtpreise bis zu 4,5 Pf. pro Quadratmeter heraus, ein Preis, der keinesfalls länger ertragen werden kann. In einem besonders heissen Falle läßt sich ein Privatpächter 36 Pf. pro Quadratmeter zahlen, was einem Pachtpreis von etwa 900 Mk. pro Morgen gleichkommt. Die Stadtgemeinde bleibt fast in jedem Falle errettungsbedürftig unter dem Höchstpreise.

Verpachtet ist ferner die öffentliche Kaskam an den Aufschlaggärten, die erbracht ist im Jahre 26 900 Mk. Auch hier wäre zu erörtern, ob man nicht eine Flugsburg und andere Güter bis zum das Aufschlagen in eigene Regie nehmen sollte. Im Mißerfolg zu vermeiden, dürfte natürlich keine bürokratische Verwaltung aufgezogen werden. Gerade das Reklamieren verträgt diese am allerwenigsten.

Zum Grundeigentum der Stadt Halle gehören ferner die Kohlengruben „Große Zukunft“ und „Karl Ernst“. Ersteres ist stillgelegt worden, nachdem der Durchschlag nach Grube „Karl Ernst“ erfolgt war. Die gesamte Förderung geht jetzt nach dem neuen Elektrizitätswerk in Zwickau, wohin die Rohle mittels Geländes befördert wird. Auch das Bergwerk, so klein es ist, muß der Stadtkasse 10 000 Mk. im Jahre abliefern.

Die Werke der Stadt Halle

Stadtvorstand Paul Bährfeld

Durch Beschluß der hiesigen Körperschaften sind die Werke der Stadt Halle, das sind: Bergwerke, Elektrizitätswerk, Gaswerk, Wasserwerk und Straßenbahn, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Die eigentliche Gründung erfolgte am 16. September ds. J. durch einen Notariatsakt.

Wie sieht nun diese AG. aus? Keinesfalls so, daß Inhaber-Aktien ausgegeben werden, die im freien Handel um-

behalten getroffen worden, damit die Aktien auch im Besitz der Stadt verbleiben. Auch die Interessen der Verbraucher sind im § 17 der Satzung ausreichend gesichert dadurch, daß

„die Veränderung der Preise für Strom, Gas, Wasser und Dampf sowie der Straßenbahnfahrpreise im Ausschusse einer Zweidrittelmehrheit beschließen.“

Durch Vertrag zwischen der Stadtgemeinde und der AG. Städtische Werke sind ferner die Rechte der in der Dienstbar AG. übertretenden Beamten, Angestellten und Arbeiter sichergestellt. Beispielsweise werden die Beamten von der Stadt zur Dienstleistung bei der AG. beurlaubt; an ihrer Rechtsstellung als Beamte der Stadt ändert sich nichts. Sie haben das Wahlrecht. Ihre Bezüge und Rechte gegenüber der AG. richten sich für die Dauer der Dienstleistungen im einzelnen nach den mit der AG. abzuschließenden Privatdienstverträgen. Dabei sind alle für die städtischen Beamten jeweils maßgebenden Bestimmungen auch auf sie anzuwenden. Die bei Werken vorhandenen planmäßigen Stellen sind durch das Personalabernannt weiterzuführen.

Auch zur Uebernahme aller bisher bei den Städtischen Werken beschäftigten Dauerangestellten, Tarif- und Sonderangehörigen sowie Arbeiter ist die AG. verpflichtet. Sie dürfen in ihren Bezügen und sonstigen Rechten nicht schlechter gestellt werden, als wenn sie bei der Stadt verblieben wären. Der bisher vom Magistrat ausgeübte Kündigungsschutz ist auf den Aufsichtsrat nicht auf den Vorstand übergegangen. Ausgehender und Ruhegeld (Rentenausschüsse) einschließlich der Hinterbliebenenversorgung sind Beamten, Angestellten und Arbeitern in demselben Maße wie den städtischen Arbeitnehmern gleichgestellt.

Von einer „Preisgabe“ der städtischen Betriebe oder gar einer „Verkaufsumwandlung“ hiesigen Vermögens als Privatkapital oder der Rechte der Beamten, Angestellten und Arbeiter kann also gar keine Rede sein. Gerade der intensiven Arbeit der SPD-Fraktion ist es zu verdanken, daß alle notwendigen Sicherungen in Satzung und Vertrag hineingebracht worden sind. Niemand hätte die Sozialdemokraten der Veranschaulichung zugestimmt, wenn noch Zweifel bei der Sicherheit des nach wie vor rein städtischen Bestes über der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten beunruhigt hätten.

Unders die KPD. Sie lehnte jede Mitarbeit namentlich in den vorbereitenden Ausschüssen für die Verbesserung der Vorlagen ab und verhielt sich absolut abstinenz.

Die Arbeiter der hiesigen Betriebe hatten die Sachlage besser erkannt. Da ein Zweifel an der Annahme der Vorlage auch ohne die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion nicht bestehen konnte, ließen sie durch einstimmigen Beschluß des Betriebsrates der Städtischen Straßenbahn unsere Vertreter dringen erfordern, der Veranschaulichung zuzustimmen und in Aufsichtsrat und Vorstand hinzuzutreten, um ihre Rechte auch dort vertreten zu sehen.

Das ist geschehen, und dafür danken die hiesigen Arbeiter uns auch.



Der neue Wasserturm in der Bernstraße

gelegt werden können. Es sind folgende Aktien ausgegeben worden:

11 Stück über je 1 000 000 Mk.
1 Stück über 896 000 „
4 Stück über je 1 000 „

also zusammen 12 Millionen 996 „. Sämtliche Aktien sind im Besitz der Stadt.

Der Paragraph 3 der Satzung der AG. lautet:

„Die Veräußerung, Verpfändung und sonstige Belastung von Aktien bedarf der Zustimmung der Aktiengesellschaft und des Magistrats und einer Zweidrittelmehrheit der Stadtvorstandversammlung. Neue Aktien dürfen nur ausgegeben werden, wenn die Stadtgemeinde sich bereit erklärt, sie zu übernehmen.“

Es sind also alle denkbaren Sicher-

Hallische Kulturinstitute

Stadtvorstand Albrecht Müller

Stadttheater

Der hallische Lustentempel hat eine ruhmreiche Geschichte. In 43 Jahren hat er den Hallensern viel Erbauung gebracht und manchen Augenlust geboten. Leider hat die Zeit die besten, namentlich aus dem Krieges, nur wenig Anteil an der Besucherzahl. Auch nach dem Kriege ist das, abgesehen von den ersten Jahren, jetzt wieder der Fall, wenn auch nicht in so großem Mißverhältnis wie früher. Wir bebauern das um so mehr, als das Stadttheater dieselbe Verbindung nach dem Kriege durchgemacht hat, wie sie auch in anderen Städten häufig war. Durch die Revolution wurden alle wirklich genieteten Elemente in der Künstlerkraft, Darsteller wie Dichter, von allen Semungen befreit, die ein künstlerisches Wirken gehindert hätten. Mit der aufstrebenden Arbeiterchaft gemeinsam wurde dann, wie vielfach anderswo, auch in Halle

das große Werk vollbracht und das früher in Privatpacht befindliche Theater in städtische Regie als Gemeinschaftstheater überführt. Die Künstlerkraft wurde befreit aus ihrer irdischen Isolation. Auf ein merkwürdiges Niveau gehoben, konnte sie jetzt auch anfangen, sich beruflich auszuwirken.

Der damalige Intendant Leopold Schöke, ein Künstler von großem Format, sah ebenfalls die Gelegenheit beim Schopf und versuchte, neben der Wirsung der klassischen Kunst das Theater zu einem Zeitpiegel zu machen. Gestützt auf eine hoffnungsvoll einsetzende Volksbildungsbewegung schaffte er auch recht viel Gutes, was vor allem auch bei der Arbeiterchaft hiesigen Eindrucks fand. Der brachte es die Verpöterung der Arbeiterbewegung mit sich, daß die Reaktion in Halle wieder stark an Boden gewann. Das wirkte sich dann auch auf das Theater aus. Als erstes Opfer und gleichzeitig als



Das neue Elektrizitätswerk

Demonstration für den Machtgewinn der politischen und geistigen Reaktion blieb der Intendant Sachse auf der Straße. Der Antifemismus hatte den Juden zu Fall gebracht. In Hamburg fand er einen besseren Platz.

Seit Jahren geht nun das Ringen des Kulturfortschrittes mit der Reaktion. Die heilige Theaterleitung, der Intendant Hugo Dietrich und der Generalintendant Direktor Erich Brand, haben alle Mühe hier ausgeübt zu wirken. Sie müßten das tun im Interesse der Erhaltung des Theaters. Doch das Budgetum nicht immer neue Fortschritte. Jetzt ist der hallische Bürgerblock im Stadtvorordnetenparlament daran, durch Verdrängung des städtischen Zuschusses das Theater und damit seine künstlerische Entfaltung lahmzulegen. Damit ist auch in Halle die Theaterkritik akut geworden.

Auch wir haben mit großer Sorge den immer steigenden Finanzbedarf des städtischen Theaters beobachtet und mit ihm in Verbindung auch den Zustand für das Stadttheater. Rund 500 000 RM. beträgt dieser Zuschuß, gewiß eine sehr ansehnliche Summe, aber, gemessen an der Zuschüssen, die andere Städte ungefahr gleichen Rangens für ihre Theater ausgeben müssen, steht Halle mit dem niedrigsten Zuschuß da. Die Theaterleitung ist auch bemüht, eine Erhöhung desselben unter

Freunde in Halle



Was bringen die Leute da her? — Ist wohl's Finanznot? Res. Städtetheater.

allen Umständen zu vermeiden, was ihr notwendiges auch geringen wird, wenn nicht ganz besonders Verhältnisse eintreten. Und trotzdem läßt der hallische Bürgerblock keine Ruhe.

Schon vor zwei Jahren, bei den Erwerbsverhandlungen, wurde der erste Vorstoß unternommen. Das Theater sollte nach einem Antrag des Bürgerblocks aus dem eigenen Regiebudget genommen und auch angenommen werden. Infolge des starken Widerstandes, den dieser Antrag bei allen fortschrittlich veranlagten Elementen fand, ist er schließlich wieder über den Finanzauschuß nicht hinausgekommen. In diesem Jahre hat man die Sache nun anders angeht. Man hat die Verhandlungsabstimmung aufgegeben, will aber nun mit Gewalt den Zuschuß herabdrücken. 500 000 RM. sollen nach dem letzten Antrag, der eingebracht und auch angenommen wurde, nicht überschritten werden. Dadurch wird die Theaterleitung und mit ihr auch der bis auf einige Ausnahmen bürgerliche Magistrat in eine sehr fatale Lage gebracht. Beide wollen das Stadttheater in seiner jetzigen Form und Leistungsfähigkeit erhalten. Wenn aber eine Reduzierung des Zuschusses um rund 80 000 Mark eintreten soll, so erweist sich daraus die Notwendigkeit, eine durchgreifende Umstellung der Theaterorganisation vorzunehmen. Es kann nur eingepart werden an Personalstellen. Der heutige Personalstand aber ist das Minimum, das zur Aufrechterhaltung des Betriebes in der heutigen Form notwendig ist. Die Einschränkungen stehen, doch man ins Auge faßt, die Spielzeit zu verkürzen von 12 auf 10 bzw. 8 Monate, um für 2 bzw. 4 Monate die Gänge zu sparen. Das ist aber eine Maßnahme, die sozial gesehen, keineswegs zu rechtfertigen ist, denn dadurch würden die Künstler in dieselbe Lage wie in der Zeit vor dem Kriege zurückgeworfen werden und das Künstlerleben in grassierender Form in Erscheinung treten.

Eine weitere Einschränkungsmöglichkeit ist die Auflösung der Oper. Ich kann nicht denken, daß die Stadtvorverwaltung zu dieser Maßnahme ihre Hand bieten wird, denn, abgesehen von dem Personal, das hier wiederum in erster Linie, weil es entlassen werden müßte, am stärksten getroffen wird, gehören die Opern zu den Vorstellungen, die am stärksten besucht werden und auch über

Halle hinaus starke Anziehungskraft ausüben. Die sozialdemokratische Fraktion ist deshalb bereit, den Antrag und die Erhaltung des Theaters in seiner jetzigen Form mit aller Energie zu führen. Sie ist nicht wohl bewußt ihrer großen Verantwortung, aber sie glaubt im Interesse der gesamten Einwohner Halle und der Umgebung der Stadt selbst sowie im Interesse der Künstlerfähigkeit dieses Ortes für die heranzuhelfende Kulturliste daran zu müssen. Der Antrag geht nicht um die 80 000 RM., sondern darum, dem fortschrittlichen Geist moderner Kunst zu erlauben, bei unterm Stadttheater schon wirksam ist und trotz höchster Bemühnisse zu weiterer Entfaltung bringt.

Museum

Aus kleinen Anfängen ist das Städtische Museum entstanden. 1885 wurde es von einem Kunstfreund und Sammler, Franz Otto, begründet und führte ein bescheidenes Dasein. In der Worburg wurde es 1908 untergebracht, nachdem die Räume entsprechend aus privaten Mitteln herbeigeholt worden waren, als Sammlung für die ältere Kunst und das Kunstgewerbe. Gemälde aus dem 19. Jahrhundert waren im jetzigen Wohnhausamt auf dem Großen Berlin ausgestellt. 1920 erfolgte die Zusammenlegung in der Burg. Durch eine Reinhold-Städener-Stiftung wurde erst 1906 ermöglicht, regelmäßig jährlich Kunstausstellungen vorzunehmen.

Die dieser Zeit laufen auch die Aufschüsse der städtischen Körperschaften. Besondere Förderung erhielt das Museum vom gleichen Zeitpunkt an durch den damals neugewählten Oberbürgermeister Dr. Riese, der dieses Dezernat übernahm und als sachmännlicher Leiter Sauerlandt, einen der befähigten deutschen Museumsdirektoren, als selbststen Leiter des Instituts genannt. Unter seiner Leitung kam es zu immer höherem Ansehen. Er brachte eine kleine, aber kostbare Sammlung an kunstgewerblichen Gegenständen zusammen und legte auch den Grundstock für der weit über Halle hinaus bekannten Sammlung zeitgenössischer Kunstwerke. Von 1919 bis 1926 war das Museum ohne Leitung. Sauerlandt war nach Hamburg beurlaubt worden. Heute liegt die Leitung in den Händen eines hervorragenden Fachmannes, Direktor Dr. Schacht, der mit viel Liebe und großem Verständnis systematisch den weiteren Ausbau betreibt.

Nur den oben erwähnten Sammlungen hat das Museum eine Abteilung für mittelalterliche Kunst und Gemälde. Als Stiche von höchstem künstlerischen Wert sind vorhanden die Kaiser-Otto-Schale, der Christus von 1500 u. a. Die Sammlung der Renaissance-Beschneidung kann aus Raumangel nicht aufgestellt werden, ebenso kann ein großer Teil der Gemälde des 18., 19. und 20. Jahrhunderts nicht aufgehängt werden.

In der Gemäldesammlung sind vertreten alle bedeutenden Stile und die Werke von A. Graff, eines der schönsten Werke von Schwegler, drei Gemälde von Feys, ein Bild, darunter eines seiner Hauptwerke und andere mehr. Unvollständige Werke von Liebermann u. a. sind a. H. wegen Raumangel nicht aufgehängt. Auch in der Sammlung zeitgenössischer Kunst befinden wir den bedeutendsten Malern und Bildhauern, zum Teil auch mehrere.

Daneben finden wir dann noch Handzeichnungen bedeutender Maler aus dem 18. und 19. Jahrhundert.

Die Direktion sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Sammlungen so zu vervollständigen, daß eine lückenlose Entwicklung der deutschen Kunst von ihren Anfängen bis zur Jetztzeit durch Epochenstellungen deutscher Künstler hergestellt wird. Die Kunst der Gegenwart soll durch namhafte Künstler der Gegenwart ausgefüllt werden.

Eine große Sorge für die städtische Verwaltung ist aber die Raumfrage. Die Ablichtung eines Neubaus aufzuführen in Verbindung mit der ebenfalls geplanten Stadthalle, ist aus finanziellen Gründen fallengelassen worden. Wir werden aber nicht umhin können, die Raumbeschaffung in nächster Zeit wieder ins Auge zu fassen, damit endlich einmal alle Anforderungen erfüllt werden können. Daneben aber ist es unerlässlich, auch den weiteren Ausbau der Sammlungen sorgsam zu pflegen und auch ständig Geld dafür bereitzustellen. Das Ausland hat schon viele günstige Gelegenheiten wahrgenommen, deutsche Kunstwerke zu erwerben. Das zu verhindern ist auch eine Aufgabe der Polizei und eine Pflicht der Träger dieser Institute, der Allgemeinheit.

Kunstgewerbeschule

Die Kunstgewerbeschule in Halle ist eines der führenden, modernen Kunstinstitute in Deutschland, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, das handwerkliche Schaffen zu neuem Leben zu erwecken. Aus einer Handwerkererschule hervorgegangen, ist sie seit 1922 als Kunstgewerbe-

schule in der alten Burg Glebichenstein untergebracht, deren Räume zu diesem Zwecke ausgebaut wurden. Die Gesamtheit der Schule besteht darin, daß die Schüler in den „Werkstätten der Stadt Halle“, die der Kunstgewerbeschule angegliedert sind unterrichtet werden und dort vom Beginn der Arbeit praktisch arbeiten. Der Schüler ist also Lehrling und arbeitet unter einem Künstler. Wie im Gewerbe, kann er nach drei Jahren die Gesellen- und später die Meisterprüfung ablegen.

Die Lehrmethode geht von der Voraussetzung aus, daß eine Ganzheit des Resultates nur einer Ganzheit der geistigen Aufgabe entsprechen kann, daß wesentliche Bedingungen, z. B. wirtschaftliche Einflüsse, sich notwendig im formalen Denken und Schaffen zeigen müssen. Deshalb werden auch nur reale Aufgaben gestellt, die in Zusammenarbeit von Schülern und Lehrern gelöst werden. Der theoretische Unterricht ist erst dort ein, wo der Schüler auf Grund praktischer Erfahrung das Bedürfnis nach theoretischem Ausbau gewonnen hat. Er ist auch nicht schematisch festgelegt, um immer im Zusammenhang mit den augenblicklichen Aufgaben bleiben zu können. Damit ist erreicht, daß Theorie und Praxis vereint und lebendig verbunden werden.

Eine wesentliche Aufgabe sieht die Schule darin, Ausstellungen zu beschaffen, wobei es besonders darauf ankommt, vorbildlich in jeder Beziehung zu sein, sowohl durch die Güte der Erzeugnisse, als auch durch die Art der Ausstellungen. Aus diesem Grunde wird auch regelmäßig die Leipziger Messe besucht, denn dort

sind die Kunststoffe, auf Nachfrage Einfluß zu gewinnen, am besten.

Das hier ein richtiger Weg gewählt wurde, beweisen die vielen Anerkennungen, die von allen Seiten ausgeprochen werden. Auch der immer wieder Kopien der Erzeugnisse der Schule unter den Gewerbetreibenden erscheinen, ist ein Beweis dafür, daß die Gebenheiten gerne angenommen werden. Alle Ausstellungen werden mit der Mühe vorbereitet, Anregungen zu geben und zu zeigen, wie die heutigen Anforderungen vom Handwerker künstlerisch gelöst werden können.

Ein Institut, das auf diese Weise auch der Allgemeinheit dient, kann sich selbstverständlich nicht aus eigener Kraft erhalten, sondern erfordert Zuschüsse, die für die Stadt rund 148 000 Mark ausmachen. Interessant ist aber nun folgende Feststellung, die bei den Erhebungen immer gemacht werden konnte. Obwohl die Schule doch in erster Linie dem Handwerker dienbar ist, waren es diese Kreise, die sich darüber bekümmerten, daß die Entwürfe in der eigenen Werkstatt auch auf Verkauf hergestellt werden. Erst dadurch, daß der Kaufmann geführt wurde, daß der Verkauf der eigenen Arbeit dazu beitragen, den Zuschuß der Stadt herabzulassen, bezahlte man sich etwas, um im nächsten Jahre aber bei einer sonst positiven Gelegenheit mit denselben Einwohnern wiederzukommen. Das aber ist der Geist, der der Entwicklung der Stadt ja oft zum Schaden war, mit ihm haben wir auch jetzt noch im Kampfe. Aber die Ideen des Fortschrittes werden mit uns siegreich bestehen.

Halle als Wohnstadt

Stadtvorredner Rickel

Halle eignet sich als Wohnstätte besonders, weil es landschaftlich sowie aus wirtschaftlichen Gründen geradezu ideal gelegen ist. Das langgestreckte Gelände, welches sich in unmittelbarer Nähe der Stadt verbreitert und Raum gegeben hat für großartige Grünflächen, kann als besonders gute Erholungsstätte angesehen werden. Kings um die Stadt sind Arbeitsmöglichkeiten aller Art.

Die Industrie, die sich hier entwickelt hat, hat besonders ihre Basis in den großen Braunkohlen-Vorkommen und entwickelt sich entsprechend dem Fortschreiten der Verwendung der Braunkohle. Es hat sich um die alte Stadt die Neubauten entwickelt. Leider hat die frühere Stadterweiterung es

an planmäßiger Bestimmung fehlen lassen

und hat auch auf Wohnungsfrage und Siedlungswesen einen Wert gelegt. Erst im Jahre 1910 ging man dazu über, Wohnungsfrage zu betreiben. Die ersten Wohnquartiere, die zum Teil noch aus dem Mittelalter stammen, entsprachen durchaus nicht mehr den Anforderungen der Zeit und wurden nur noch aufrechterhalten, um die ständige Wohnungsnot, in der sich die Stadt befindet, nicht noch größer zu machen. Nach den statistischen Erhebungen entsprechen 600 Wohnungen nicht mehr den Mindestanforderungen, die sich nach dem Wohnungsplan, der im Jahre 1927 in Kraft trat, zu bemerken, daß in Anbetracht der Wohnungsnot diese Mindestanforderungen so niedrig angenommen sind, daß man a. B. eine Wohnung mit 28 Quadratmeter Wohnfläche für eine Familie mit zwei Kindern als ausreichend untergebracht ansieht. Unter Berücksichtigung der eigentlichen Anforderungen, die an eine Wohnung gestellt werden müssen, müßte fast

die gesamte Altstadt abgebrochen

werden. Aber nicht nur dort ist Wohnungsnot, sondern auch in den Quartieren und in den Wohnungen, die in der Zeit vor 1880 bis 1914 erbaut sind. Gerade in dieser Zeit wucherte wildes Spekulantentum und der Wohnungsbau war lediglich Spekulationsobjekt.

Erst in der Nachkriegszeit seit dem Jahre 1918 ist man dazu übergegangen, planmäßig die Häuser zu erbauen und nach bestimmten Plänen die Wohnungen herzustellen. Da sich der Wohnungsbau für den Kapitalisten nicht mehr lohnte, mußten sich gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaften bilden und verdrängen, namentlich der Wohnungsbaugesellschaft, die sich zur Förderung der Wohnungsbau erforderlich war. So sind a. B. im Jahre 1927

90 Prozent aller Neubauwohnungen durch gemeinnützige Gesellschaften erbaut

worden. Die 10 Prozent sind zum Teil in eigener Regie der Stadt und vom Staatserwerb. Dieser Regie hat das handwerkliche Haus und der Förderung des Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln die Wohnungsnot in Halle nicht beseitigt werden.

Durch die schon erwähnte günstige Lage der Stadt ist der Wanderungs-Gewinn auch in Halle ein erheblicher. Eine direkte Wanderungsmasse fehlen

im Jahre 1927 in Halle noch 4504 Wohnungen. Durch die zufälligen städtischen Behörden wurde verdrängt, Wanderungsgewinn zu erhalten. Die städtischen Behörden haben sich bemüht, das Wohnraum statistisch zu erfassen und die Wohnausstattung danach einzuführen. Es kann festgestellt werden, daß im Durchschnitt in den letzten Jahren 1100 Wohnungen neu hergestellt worden sind. Unter Berücksichtigung all der ermittelten Umstände wäre

die Wohnungsnot in Halle erst in etwa 10 Jahren beboben.

Bei aller Förderung des Neubaus müßte die Stadt aber auch dazu übergehen, durch Darlehensgewährung die alten Wohngebäude instand zu halten und die bestehenden Wohnungen in zoonömlischem Zustand zu erhalten. Es wurde deshalb ein Finanzanleiheplan von 500 000 Mark aufgestellt, der auch von den Hausbesitzern stark in Anspruch genommen ist.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtvorordnetenversammlung und ihre Vertreter in den Ausschüssen haben ebenfalls ihr Erdenkliches getan, um den Wohnungsbau zu fördern. Leider stehen diesen Bemühungen und Bestrebungen, trotzdem öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt sind, starke Widerstände entgegen. Die sich hauptsächlich in dem bestehenden Anfeigen der Baukosten zeigen. Für die ärmere Bevölkerung ist es fast unmöglich, die erstellten Neubauwohnungen in Anspruch zu nehmen, trotzdem auch hier von den städtischen Behörden prägnante Erleichterung von Kleinwohnungen gebrängt wird.

Die Mietpreisbildung, die sich nach dem Finanzdienst richtet, erhöht fast alle Jahre eine Erhöhung. So wurde a. B. im Jahre 1927 für einen Quadratmeter Wohnraum 7 Mk. gezahlt, im Jahre 1929 dagegen ist unter 12 Mk. pro Quadratmeter Neubau kaum mehr zu erlangen. Es muß deshalb das Bestreben aller sozial Denkenden und aller derjenigen sein, die in gefunden und ausreichenden Wohnungen die Grundlage der Gesundheit des Volkes sehen, möglichst auszuweichen, gefunden und billigen Wohnraum zu schaffen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion haben bei den zufälligen Stellen immer wieder auf

das Beispiel in Wien

hingewiesen. Sie konnten aber damit nicht durchdringen, weil die städtischen Körperschaften der Meinung sind, daß große Wohnblöcke in späteren Zeiten werden werden und daß der Wohnungsmangel in den nächsten Jahren auch dadurch beboben sein wird, daß man in der bisherigen Bauweise fortfährt. Es fehlt bei diesen Behörden die Erkenntnis, daß gerade bei beschränkter großen Wohnblöcken alle Erfordernisse der Hygiene vermehrt werden können, daß man da Zentralheizungen, zentralen Wasserversorgung und ähnliches nach den modernsten Begriffen mit einbauen in der Lage ist.

Es wird deshalb auch in Halle in Zukunft noch notwendig sein, auf möglichenweise Gebiete große Arbeit zu leisten, damit der ärmsten Bevölkerung wohnliche Güte

Das städtische Sparwesen

Stadtverordneter Josef Abramowitz

Die Gründung der seit 1857 bestehenden Sparkasse zu Halle ist, wie die aller öffentlichen Sparkassen, auf Anregung sozial denkender Einwohner zurückzuführen. In allen Spargassen finden wir die besondere Betonung des Zweckes der Einrichtung, „Wundermittel der Gelegenheit zu geben, ihre Ersparnisse in kleinen Beträgen leicht und rasch anzulegen“ und so für besondere Notfälle, vor allem für den Winter, vorzusehen. Die in den ursprünglichen Satzungen vorgezeichnete Beschränkung in der Höhe der Einlagen deutet auch darauf hin, daß die Sparkassen sich in erster Linie der Betreuung der ärmeren Schichten zu widmen hatten. Die Entwidlung Preußens-Deutschlands zum Industriestaat hat in späteren Jahrzehnten in der Zusammenfassung der Sparereisenfische Veränderungen gebracht, und mit dem Anwachsen der Einlagenmengen wurde auch die Begrenzung der Höhe fortwährenden Benützung unterworfen werden. Mit Einführung der Mutterkassens für die Sparkassen ist diese Begrenzung in letzter Zeit ganz gefallen. Die Grundgedanken über

Zweck und Ziel der Sparkassen
find unabhängig vom Wandel der Zeiten erhaben geblieben. Das soziale Moment prägt sich aber auch in der Anlagepolitik der Sparkassen aus. Weitgehende gefällige Vorschriften sorgen dafür, daß die Sparkassen sich in ihrer Geschäftsführung dem gemeinnützigen Charakter anpassen, und trotz des Ausbaus der Sparkassen im modernen Sinne hat sich ihr Aufgabenkreis wenig verändert.

Interessante Einblicke in die Entwicklung des Spargewesens und -wesens bietet die Stadtsparkasse zu Halle. In langsamem, aber stetigem Aufwärtsschreiten hat sie bis zum Ende des Jahres 1918 einen Einlagebestand von rund 57 Millionen Mark aufzuweisen. In der Hauptsache waren diese enormen Summen in mündelbaren Hypotheken und Wertpapieren angelegt. Mit dem Einsetzen der Geldentwertung, namentlich nach dem Kriege, wuchsen die Zahlen ins Gigantische. Die Wertlosigkeit des Bestandes am Ende 1923 in Höhe von

25 506 661 361 133 032,18 Mk.

brücht sich in dieser Zahl deutlich genug aus, und die Wiedereinführung einer festen Währung zeigte mit erschreckender Deutlichkeit die verheerende Wirkung der Inflation. Waren die Räume der Sparkassen im Laufe der Zeit schon oft genug zu klein geworden, konnten sie in den schlimmsten Tagen des „Wienmerckens“ des Menschenmassen, die sich zu den Schaltern drängten, kaum fassen. Mit Verschwinden der Papiermark wurden auch die Hallen der Sparkasse wieder leer. In jücher Kleinarbeit mußte um die Sparereisen, der Spargedanke wieder erweckt und das Vertrauen zur Währung und zu ihrem alten Sparinstitut wieder aufgerichtet werden. In welchem Maße dieses gelungen, zeigt die Entwicklung der Einlagen in den letzten Jahren. Es wurden nachgemittelt:

Ende 1924	1 335 178 Mark
„ 1925	5 115 507 „
„ 1926	10 975 815 „
„ 1927	17 165 748 „
„ 1928	27 972 133 „

Inzwischen sind die Bestände auf rund 33 Millionen Mark angewachsen.

Die Zahl der Sparkassen betrug

Ende 1924	7 811 Stück
„ 1925	16 507 „
„ 1926	25 948 „
„ 1927	39 261 „
„ 1928	56 074 „

Am 1. Oktober 1929 wurden bereits 64 837 Konten geführt. Das Durchschnittsguthaben wurde Ende 1928 mit 498 Mk. berechnet. 15 914 Sparereisen, also ein rundes Viertel, hatten Guthaben bis zu 20 Mk., ein Zeichen, daß die Stadtsparkasse ihr besonderes Augenmerk auf die Pflege des Kleinsparwesens richtet, das in seiner Umfange sicher einen erheblichen Verwaltungsaufwand erfordert. Der Spargedanke scheidet dabei von selbst aus.

Zu den Erfolgen in der Sparvererbung haben nicht zuletzt drei neue Zweigstellen beigetragen, die im Laufe des Jahres 1928 von der Sparkasse am Gesundbrunnen, inmitten der neuen Wohnsiedlung, am Rannischen Platz und in der Bernburger Straße errichtet wurden. Am Rannischen Platz und in der Bernburger Straße wurden die Grundstücke Eigentum der Sparkasse. Von der Schaffung neuer Rassenräume am Rannischen Platz in dem gleichfalls angekauften Hause Rannischplatz 8, erwarbt die Sparkasse eine weitere günstige Entwidlung des Sparwesens.

In der Anlage der Bestände sind den öffentlichen Sparkassen durch Gesetz und Satzung weitgehende Beschränkungen. Diese Grenzen wichen sich bei der Stadtsparkasse um so stärker aus, als diese nur den reinen Sparverkehr pflegt. Größeren Gewinn bringende bankgeschäftliche Tätigkeit ist nach der Satzung ausgeschlossen. Die ebenfalls gesetzlich vorgeschriebene Bil-

dung eines Sicherheitsfonds wird erspart durch die von Jahr zu Jahr steigenden Kursverluste an Inhaberpapieren. Ohne Rücksicht auf die Rentabilität muß die Sparkasse 25 Prozent ihres Bestandes in mündelbaren Wertpapieren dauernd anlegen.

Bis zu 40 Prozent des Einlagenbestandes sollen als Hypotheken ausgeliehen werden. Es ist erreicht, daß auf Grund ganz besonderen Eintretens des sozialdemokratischen Vertreters der Vorstand der Stadtsparkasse diesem Gebiete seine besondere Aufmerksamkeit widmet und namentlich die Unterwidlung des Wohnungneubaus als seine vornehmste Aufgabe betrachtet und auf diesem Wege wenigstens dem drückendsten Elend auf dem Wohnungsmarkt zu weichen versucht. Der oben erwähnte Prozentatz der Anlagen ist erreicht, und es sind schöne Erfolge, die die Stadtsparkasse auch auf diesem Gebiete buchen kann. Fast ein Millionen Mark sind bereits ausgezahlt. Die Ausschüttung des Restes ist bis zum Jahresende zu erwarten.

550 neue Häuser mit 3300 Wohnungen konnten bisher mit Hilfe von Sparkasse der Stadtsparkasse in Halle erstellt werden. 7 982 880 Mk. wurden allein gemeinnützigen Baugesellschaften zum Bau von 2500 Wohnungen zur Verfügung gestellt. Mit 2 392 975 Mk. Wagnelben wurden Siedler und sonstige Eigenheimbauer, darunter

eine ganze Reihe Schwerbeschäftigter, bedacht und weitere 2 113 680 Mk. an private Bauunternehmer gegeben. Der Vorstand der Stadtsparkasse, dem auch entsprechend erprobte Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung angehören, achtet darauf, daß die Zinsspanne zwischen Guthaben und Darlehensguthaben ein erträgliches Maß nicht überschreitet, so daß die Verzinsung des Baukapital und damit die Wohnungsmieten nicht übermäßig verteuert.

Erhebliche Summen, namentlich in kurzfristigen Darlehen, konnte die Sparkasse auch der Stadtgemeinde Halle zu produktiven Zwecken und zur Weitergabe als Instandhaltungshypotheken auf Altkäufer leihen. Ebenso wie bei der Förderung der Bauwirtschaft war es hier der Stadt, z. B. im Straßenbau, nur auf diesem Wege möglich, zahlreichen Bauhandwerkern und Arbeitern Beschäftigung und Verdienst zu verschaffen.

Die Sicherheit der Spareinlagen und die Liquidität der Sparkasse ist dauernder Kontrolle unterworfen. Regelmäßige und unvermutete Revisionen durch den Vorstand, die Aufsichtsbehörde und die Revisionsbeamten des Sparkassenverbandes in Verbindung mit einer gewissenhaften Leitung der Kasse, geben dem Sparereisen die Garantie, daß seine Ersparnisse ordnungsgemäß verwaltet werden. Spekulations- und Mißgeschäften werden von der Stadtsparkasse nicht getätigt. Diese Lasten sollen zwischen Sparereisen und Sparkasse ein immer weitergehendes Vertrauensverhältnis schaffen, das sich in der Erhaltung des sozialen Charakters der Sparkasse auswirken möge.

Botanischer Garten (Tollansicht)



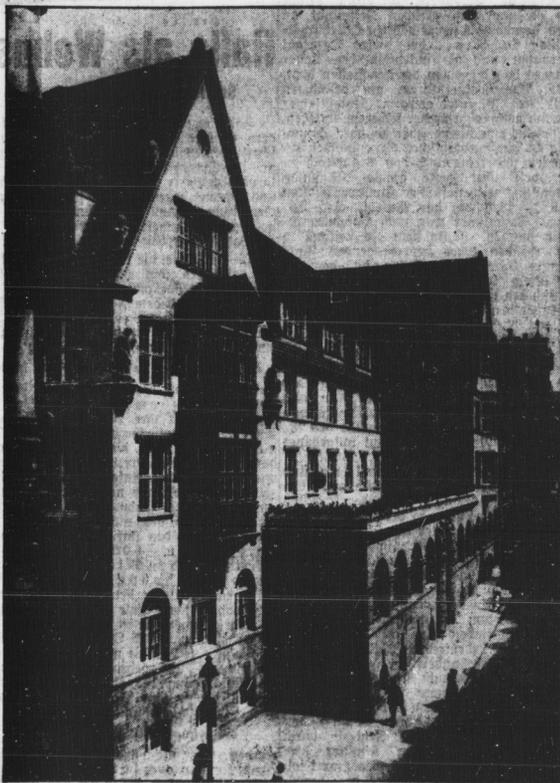
trieben Mitglied der Organisation ist, und diese Mitglieder wurden dann entsprechend behandelt. Es wurde jedoch trotzdem eine intensive Arbeit entfaltet mit dem Erfolg, nach einem Jahr auf 480 Mitglieder gekommen zu sein. Der Beweis für die Lebensfähigkeit des Vereins wurde erbracht durch die Arbeiten zur Reichstagswahl, die im Februar 1890 stattfand. Sie hatte den Erfolg, daß erstmalig ein Vertreter, Fritz Kuhner, in den Reichstag entsandt werden konnte.

Durch die Erfolge, die im ganzen Reich erzielt worden waren, fiel am 1. Oktober 1890 endlich das Schanzgesetz, das für viele unserer Angehörigen Zusammenstöße und Bestrafungen gebracht hatte. In diesen Jahren mußten die Arbeiter bei der Tagung des Parteitag, der erstmalig nach dem Fall des Gesetzes hier in Halle abgehalten wurde, erlebt werden. Diese Aufgabe wurde zur Zufriedenheit aller Delegierten erledigt. Nachdem der Parteitag vorüber, wurde am 18. November aber der Name des Vereins in „Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis“ geändert. Um jedoch, wenn wieder Erneuerung die Agitation ähnliche Verhältnisse wieder einmal einfließen sollte, gerettet zu sein, wurde noch das System des Vertrauensmannes beibehalten, damit die Fäden, die inzwischen mit einzelnen Freunden in Ortschaften des Kreises angeknüpft worden waren, in unseren Händen blieben.

Der Kreis der Mitglieder war zunächst auf Halle und seine Vororte beschränkt. In den Ortschaften waren es nur ganz vereinzelt, die dem Verein als Mitglied angehörten. Der Druck der Behörden war dort ein viel größerer als in Halle. Die Schmitzleitern waren daher ganz erhebliche. Dazu kamen in diesen Jahren äußerst schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, die die Werbetätigkeit beeinflussten. Überall zeigten sich diese Erscheinungen. Tausende, namentlich Bauarbeiter, fanden keine Arbeit und mußten ihr Brot anderweitig suchen. Diese Stagnation hielt bis 1897 an. Dann besternten sich die Verhältnisse und sofort legte auch die Werbetätigkeit für die Partei mit gutem Erfolge ein.

Im Jahre 1898 wurde dann auch den Vertrauensleitern die Pflicht auferlegt, dem Verein beizutreten und überall im Kreise dafür zu sorgen, Ortsgruppen zu gründen. Immer mehr Aufgaben traten damit an uns heran, die zu erfüllen wir verpflichtet waren. Die Mitgliederzahl war bis 1904 auf über 2200 gestiegen. Da die Erfordernisse an die Organisation immer härter wurden und im Nebenamt nicht mehr erloscht werden konnten, so wurde ein Sekretariat eingerichtet, um dort planmäßig die erforderlichen Arbeiten zu erledigen. Als im Jahre 1907 das neue Vereinsgesetz in Kraft trat, hatten auch die Frauen das Recht erworben, als Mitglieder dem Verein beizutreten, wozu auch zahlreiche Gebrauch machten. Die Organisation gewann immer mehr an Boden und bis zum Jahre 1913 auf über 8400 Mitglieder gestiegen. Es machte sich dadurch eine Erweiterung des Sekretariats durch Anstellung eines zweiten Schreibers erforderlich. Ein immer weiteres Steigen der Mitgliederzahl war zu konstatieren, aber auch die Aufgaben wuchsen. Dieser Aufschwung herrschte, bis der unglückselige Weltkrieg ausbrach und alles lahmlegte.

Diese Auswirkungen sind noch nicht endgültig beseitigt. Auf diese hier eingeworfen, ist aber nicht nötig, sie sind wohl noch in aller Erinnerung. Freudig zu begrüßen ist, daß die Organisation in den letzten Jahren wieder große Fortschritte gemacht hat und die tiefen Wunden allmählich wieder verheilen, so daß zu hoffen ist, daß in Zukunft die Organisation wieder die Höhe und den Ansehen erreichen wird, wie sie es in der Vorkriegszeit befehen hat.



Sparkassenhauptgebäude in der Rathenaustraße

Werdegang der SPD. in Halle und dem Saalkreis

Stadttrat Karl Reiwand

Bereits unter dem Sozialistengesetz hatte die Sozialdemokratische Partei in Halle und den Vororten eine enge Organisation, die die nötigen Arbeiter der Partei bei Wahlen, Verbreitung von Flugblättern usw. ausübte. Da jedoch die polizeilichen Schikanen und Bestrafungen erheblich wuchsen, mußte man überlegen, diese zu umgehen. In den engsten Kreisen der Partei wurde man sich schlußig, auf diesem Zweck einen Verein zu gründen, bei dem dieses nicht, denn noch immer bestand das Schanzgesetz. Wann es abließ, war nicht vorauszusehen.

Nach einer Verammlung am 27. März 1889 im „Röhlen Brunnen“, in welcher F. Rohne (Samburg) referierte, wurde eine Kommission gewählt, die die Auf-

gabe hatte, Statuten und namentlich den Namen des zu gründenden Vereins auszuarbeiten und zur Beschlußfassung vorzulegen. Das geschah am 19. April dieses Jahres. Nach einer Begründung durch Wittig wurden die Statuten aufgegeben und dem Verein der Name: „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahrheiten“ gegeben. Als Vorsitzender wurde der Tischler Karl Rüger gewählt. Nach vierjähriger Bestehen konnte man 180 Mitglieder verzeichnen. Bei der damaligen Bevölkerung war das noch nicht allzuviel. Unter Berücksichtigung des politischen und wirtschaftlichen Zustandes aber war es doch ein Erfolg. Mühte doch jeder einzelne bei der Arbeit zu leisten. Die Unternehmern mußten dann sofort, wer in den Be-



Blatt und Frau.



Die Tragödie einer Künstlerin In dem rätselhaften Verschwinden Maria Orsla

Wieder einmal ist der Name Maria Orsla in aller Munde; die private Tragödie, die sich in den letzten Wochen vor den Augen der Öffentlichkeit abspielte hat, beschäftigt nun auch die Polizei, die sich bemüht, die spurlos verschwundenen Mörder zu finden. Diese ungewöhnliche Frau, die heute hauptsächlich im Morphiumrausch durch die Straßen einer Großstadt irrt, hat ein Leben hinter sich, das ein abenteuerlich-sensationeller Film annimmt.

Viele ist Maria Orsla ein Rätsel geblieben, eine unheimliche Sphäre, eine graumäulige Frau. Wer sie aber näher kannte, wußte, daß sie ein innerlich gereinigtes, von ungeheurer Energie getriebenes, im Grunde verneintes Geschöpf war. Aus einer angesehenen russischen Familie kommend, hatte sie ihren Willen, Schauspielerin zu werden, gegen heftige Widerstände durchgesetzt. Mit starker Energie hatte sie die deutsche Sprache erlernt; anfangs löste ihr flüchtiger Erfolg, den man später — als sie berühmt geworden war — eigenartig und individuell fand. Ihr schauspielerisches Debut fand in Mannheim statt, wobei sie Professor Ferdinand Gregori engagiert hatte.

Als ihr dort schauspielerische Erfolge verflohen, ging die Orsla, die damals noch ihren bürgerlichen Vornamen Dolly trug, nach Hamburg. Dort hatte sie gerade wiederhände zu kämpfen, obwohl ihr Empfehlungsbriefe ihrer Familie Zutritt zur Hamburger Gesellschaft verschafften. Mit

ihren scharfen Intelligenz erkannte die Schauspielerin, daß ihre künstlerischen Bestrebungen sie wahrheitlich nie aus der Masse herausheben würden. Sie schlug also einen anderen Weg ein, um berühmt zu werden. Diese Frau, die im Grunde ihres Wesens durchaus künstlerisch war, begann sich durch Handakrobatien einen Namen zu machen. Mit Ehrgeiz wußte sie eine Legende um sich; sie wollte in den Augen der Öffentlichkeit die erachtungslose, gefährliche Orsla sein, der alle Männer rettungslos verfielen. Als der Mann, den sie liebte, Selbstmord beging, fand es für die Öffentlichkeit fest, daß Maria Orsla ein Vampyr sei.

Nun war ihre Zeit gekommen. Sie wußte, daß die Reichshauptstadt der geeignete Boden für sie sein würde. Durchgeleitete reiste sie nach Berlin, wo sie mit unbestreitbarer Fähigkeit ein Engagement landete. Sie hatte aber den Wert ihres schiedlichen Rufes übersehen; denn sie wurde überall abgewiesen. Zuletzt ludte sie das Direktionsbüro von Weinhard und Bernauer auf. Auch dort sollte sie sich eine Nische. Aber die Orsla war nicht so leicht abzuwehren. Sie schwang sich auf einen Tisch und spielte dem widerstrebenden Direktor, der nicht wußte, wie ihm geschah, die Salome von Oscar Wilde vor. Mit einem bewundernden Bruchstück verließ sie das Bureau des Direktors, das der Schauspieler ihres glanzvollen Aufstieges werden sollte.

Durch die Darstellung der Salome in Webers

„Edgards“ wurde sie berühmt. Die Vorstellungen, in denen sie auftrat, waren wochenlang vorkaufverkauft. Selbst die abfälligen Urteile bekannter Kritiker vermochten ihren Ruf nicht zu schmälern. Von dieser Frau ging ein exotisches Flair aus, sie schuf die Atmosphäre, die das Publikum der Kriegszeit und der Revolutionsjahre brauchte. Jahre hindurch nannte man das Theater, an dem sie auftrat, die „Orsla-Bühne“, denn der Spielplan war nur auf sie zugeschnitten. Man wußte Stücke von Strindberg und Wedekind, die Orsla-Rollen enthielten und der dramatisierte Regenbogen von Sudermann wurde aufgeführt, weil die Orsla die Frauenteile darin spielen wollte. Als der Publikum später nicht mehr viel für häßliche Frauen übrig hatte, trat Maria Orsla in französischen Aufstücken auf. Sie hatte für die Orsla eine bestimmte Schablone zurückgemacht, sie spielte — mochten die Stücke heißen wie sie wollten — stets daselbe, mit raffiniertem Luxus gekleidet, graziös, plappernde Geschöpfe.

Aber unter der glänzenden Hülle steckte eine gefährliche Krantheit: die Orsla war seit langem dem Morphium verfallen. Als ihre Ehe mit einem sibirischen Wälschen endete, brach die Orsla zusammen. Seitdem war sie nur noch ein Schatten ihrer selbst. Sie trat nur noch selten auf, denn Monate hindurch mußte sie sich Entziehungskuren unterziehen, die aber stets nur einen vorübergehenden Erfolg brachten. Wer die Künstlerin kannte, erschrak, als er sie

in dem Stütz eines jungen unbekanntem Oesterreicher auf der Bühne sah. Diese Frau, die in dem Schauspiel ein verfeiltes, lebendes und bewegliches Wesen verkörperte, spielte nicht, sondern erlebte die Rolle. Der Selbstmord ihrer Schwester, der Geliebte Gabriele Manischewka, traf die Orsla schwer.

Noch einmal trat sie vor das Berliner Publikum, noch einmal erlangte sie einen großen Erfolg in einer Rolle, die sie früher nie gespielt hatte. Sie stellte eine alte, häßliche, vom Leid gewundene Frau dar. Eingebildet wußten damals, daß sich die Schauspielerin in den Pausen Morphiuminjektionen geben ließ, um ihre Rolle überaus durchzuführen zu können. Bald darauf erfolgte ein billiger Aufnahmestrich, der später eine Internierung in einem Krankenhaus notwendig machte. Nach ihrer Entlassung eilte die unglückliche Frau — von einer fieberigen Idee getrieben — auf die Redaktionen der großen Berliner Zeitungen. Dort betrat sie immer wieder, daß sie keineswegs Morphiumfiakerin sei. Aber in Wien, wohin sie sich später begab, löschten die Zufallsfälle wieder. Trotz starker Ueberwachung sich Maria Orsla nach Köln, wo eine neue Entziehungskur begann. Nun ist sie noch wie dem Arzt, dem sie unbedingt vertraute, gestorben. Niemand weiß, wo die arme, geistesgebrochene Frau herumirren mag, niemand kann absehen, in welchen Abgründen dieses gepeinigte Leben enden wird.

Frau Parteivorsteherin.



Die Labour Party in England hat für das nächste Jahr zum ersten Mal eine Frau zum Parteivorsteherin gewählt. Susan Lawrence, derzeitige Unterstaatssekretärin im Wohlfahrtsministerium, heißt sie.

Die Postmeisterin und der Diktator.

Signorina Rosetta Rabanelli gabste jüngst Länge und war das vorzulegende Hauptmotiv der „wigen Stadt“ Rom als weibliche Hülfskraft angeht. Eine fleißige, keine Postmeisterin, die gewiß nicht im Zeamen daran dachte, daß eines Tages ihr Name fest gedruckt durch alle Zeitungen Italiens gehen und dazu beitragen würde, die Republikanik Mussolini — wenn auch indirekt — zu fördern.

Das brave Fräulein hatte eine einzige Untertugend: Mussolini hatte es ihr angetan! Ihr Interesse für den Duce war geradezu krankhaft. Und da für sie die Freude verdammt war, den „Belben“ der Wöndertänzerin persönlich zu sehen — so wählte sie einen anderen Weg, um ihre transzendenten Reuegeister wenigstens einigermaßen zu stillen: sie öffnete kurz empfindlichen zwei Privatbriefe. Der eine war an den Ministerpräsidenten selbst, der andere an seine Gattin, Donna Rosetta Mussolini, gerichtet.

Das war nun ein schlechter „Schery“, juristisch sogar ein Doppelverbrechen. Verlegung des Briefgeheimnisses und gleichzeitig der Beamtenpflicht. Natürlich kam die Sache bald heraus. Man witzelte zuerst eine sozialdemokratische Verschwörung, mobilisierte die Kriminalpolizei und die Freizeitschreibenden — erstappte die gefährliche „Kontaktestern“ kurz darauf beim Öffnen eines

Heiraten als Geschäft

Ein 73jähriger Maharadscha schließt sieben Ehen — Eine Palastrevolution die Folge

Einer der vielen indischen Zwergstaaten ist jetzt der Schauplatz einer Revolution, deren Ursachen und Folgen selbst an die Schreckenstage von Frankreich erinnern. Die Untertanen eines der 300 Radschas und Maharadschas sind in lebhafter Bewegung über das Verhalten ihres ehemaligen Landesvaters, der mit 73 Jahren noch den Thron bestiegen hat, ein kaum zwanzigjähriges Mädchen zu heiraten.

Der Grund einer solchen Aufregung scheint für den ersten Augenblick etwas seltsam, denn in Indien ist man wie überall im Orient in Heiratsangelegenheiten sehr heuliam. Ehen zwischen Weisen und kaum den Kinderhänden entwachsenen Mädchen sind durchaus etwas alltäglich. Die Ursache des Zornes der braven indischen Hinterwäldler kommt nicht aus der moralischen Sphäre, sondern aus der politischen und materiellen Sphäre. Vor einigen Jahren hatte die anglo-indische Regierung durchgesetzt, daß der Maharadscha, dessen Regierung Anlaß zu verschiedenen Beschwerden gegeben hatte, zugunsten seines Neffen abtrat.

Als Verbindung erhielt der Jüngere, der bis dahin etwas angelegte Frauen sein eigen nannte, eine königliche Pension. Die Leibrante wurde zur Hälfte von der englischen Regierung und zur Hälfte von seinem Radschfolger gezahlt. Sie sollte in dem Augenblick beträchtlich erhöht werden, wo der enteignete Fürst eine neue Frau nahm. Eine Bestimmung, die bei dessen hohen Alter unersetzlich ist. Die Dinge kamen aber wesentlich anders. Da nicht nur die Kol, sondern auch die Wüste ererblich war, kam der alte Maharadscha, der reichlich in seinem Saale als Privatmann lebte, auf eine gloriole Idee zur besten Ausnutzung seines Abtrittsvertrags. Einige Monate nach seinem Rücktritt heiratete er ein sehr reiches Mädchen und fing auf diese Weise zwei Fingerringe mit einer Klappe. Erstens kam er in den Besitz einer großen Macht und zweitens erhielt seine Rechte eine bedeutende Erigerung. Einmal auf den Beschluß gekommen, begann er das enteignete Land in Besitz zu nehmen und verheiratete sich in Laufe von einigen Monaten nicht weniger als siebenmal.

Der dritte Brief. Große Aufregung, große Empörung. Dann: Schußhaft, Verhör und — Gelächter. Die kleine große Ehenreihe stand unter diesen Zeichen die „Bemegrande“, vielmehr den einzigen Bemegrande: sie lie in Mussolini unsterblich verheiratet. — Da das dumme Mädchen durch die Offenbarung der an die bedauernswürdigsten feinsten Staatsbeamten“ erfahren hat, kam es mit einer verheißungsvoll gerungen Ehe. Man hat in 6 Monate 3 Ehen geschlossen! Das Urteil war verhängnisvoll, und die Beamten beschäftigten sich — sowohl

selbst die schwerfällige anglo-indische Verwaltung begann allmählich zu bemerken, daß etwas nicht in Ordnung war. Sie ließ ihren Pensionär wissen, daß die Zahl von zehn Frauen für seine Bedürfnisse vollkommen anstreiche, und daß er bei neuen Heiraten auf seine Erhöhung seiner Bezüge rechnen könne. So schnell gab der alte Fuchs aber das Spiel nicht verloren. Er verzichtete zwar auf den neuen Pensionär, aber nicht auf neue Möglichkeiten und ging zur Erneuerung seines Frauenbestandes auf natürlichem Wege über. Binnen kurzer Zeit fanden die drei ältesten Frauen. Die Jüngeren behaupteten, daß die Radschhilfe von Gift dabei eine Rolle gespielt habe.

Es wäre alles gut gegangen und auch über die Affäre wäre Gras gewachsen, wenn der Radsch nicht das Bedürfnis gefühlt hätte, die Läden seines Sarems wieder aufzufüllen. Diesmal fiel seine Wahl auf die Tochter des reichsten Kaufmanns im Fürstentum und das durch die Wälsch seiner verheirateten Frauen bereits ins immense gewachsene Vermögen vermehrte sich wieder um eine erhebliche Summe, so daß der aus Mitleid gezeigte Radsch empfangen im Laufe der Zeit um vieles reich geworden war als sein regierender Neffe. Diesem gelang allmählich die Größe der Befehl klar zu werden, die ihm von einem so mächtigen Nebenbuhler drohte. Er appellierte an seine Untertanen und ließ durch Agenten eine Bewegung gegen den erfolgreichen Wälschpalanten inszenieren. Das Mandat gelang und die Volkseele kam ins Kochen. Die fälschlich entthronte Menge härmte das Palais der Maharadscha und löste drei Schüsse, die ihren Herrn zu verteidigen suchten. Wahrscheinlich wurde es auch dem fürstlichen Bräutigam schlecht ergangen, wenn nicht schleunigst Militär zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingetroffen wäre.

Aus der Rolle des Nebenbuhlers ist jetzt eine Haupt- und Staatsaktion geworden, und die englische Regierung wird sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung genötigt sehen, den Maharadscha zum Verlassen seiner Heimat und zur Scheidung von der jüngsten Blume seines Frauenreiches zu zwingen, wenn sie in dem Rädchen wieder Ruhe und Frieden haben will.

Frau Justitia wie Herr Mussolini konnten nun ruhig schlafen.

Da kam die große, ganz große Ueberzeugung: Mussolini „winkte“ und Rosette wurde begnadigt! Begründung: der eigentliche Bemegrande der verheerenden Zeit sei „verzeihliche menschliche Schwäche“ gewesen, und Mussolini hat nun einmal ein Verständnis für „Schwächen“ der Staatsehrlichkeit in Bezug auf gelingende das politische Wohlflächte Reich, und die Zeitungen brachten Artikel über das große Herz des großen Mannes.

Frau Hagenbed 80 Jahre alt.



Die Witwe des Erfinders des weltberühmten Bierpatents in Stellingen, Frau Hagenbed, feierte am 3. Oktober ihren 80. Geburtstag.

Rindbein auf englischen Frachtbooten.

Auffengerregende Enthüllungen über das Rindbein an Bord der in der Ramschschiffahrt englischen Frachtboote machte kürzlich Kapitän D. J. Clark in der Besammlung der „Gesellschaft zur Verhütung von Anberemihandlungen“ in Portsmouth. Nach seinen Erfahrungen hat die Gesellschaft einmütige Beweise für die beschämende Tatsache erbracht, daß Rind von Boot zu Boot „geschandelt“ werden. Wenn ein Baby an Bord geboren wird, schiebt der Redner aus, „so geht es nicht allein, daß der älteste Sohn aus Raumangel an ein anderes Boot verfrachtet wird. Das kann nicht weiter Rinder nehmen, wenn man bedenkt, daß in einer Kabine, die 3 Meter lang und 1 1/2 Meter breit ist, der Schiffer mit Frau und Kindern zusammenhaust und die ganze Familie alle Lebensbedingungen in diesem engbegrenzten Raume vollziehen muß. Es kommt darüber nur allzu häufig vor, daß Rind bei der Arbeit des Lebens und Söpfens ins Wasser fallen und ertrinken. Kraben und Wädden müssen ihre Arbeiten verrichten, die weit über ihre Kräfte hinaus gehen.“

Selbne Strümpfe. Großmama ist wieder. Die Entlein Siffy hat sie nämlich in lebenden Strümpfen beschaut. Großmama hat zwar nichts gesagt, aber die Entlein Siffy war so auffallend kühl von der Hand, daß sie es vorzog, bald wieder zu schlafen. Man ist sie brauchen, da längst Großmama zu schlafen ist. Die Jugend von heute, nicht die Barikade. Selbne Strümpfe! In meiner Jugend hat man Wollstrümpfe getragen und war gelund und glänzend, amoll. Selbne Strümpfe. Eine halbe Stunde lang schlief Großmama. Schließlich tragt sie ihren Mann: „Du bist doch a r d gegen selbne Strümpfe, nicht wahr?“ „Dah“, hat Großpapa, weißt du, das kommt ganz auf den Instellen an.“

Gegen Parteidemagogie Deutsch-nationale nehmen Jüdengehd

Die Behörden werden Aufklärung schaffen

Parteilassierer forderte und erhielt dauernd Geld von den Elarets

Konferenz der Innenminister. Die Länder einmütig hinter Cövering

Berlin, 10. Oktober. (Wg. Dr.) Am Mittwoch tagte im Reichsministerium der Innenminister eine Konferenz der Innenminister der Länder, die von Cövering mit einer Rede über die gegenwärtige politische Lage eingeleitet wurde. In der anschließenden Debatte wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß es nicht nur das Recht, sondern die dringende Pflicht der Reichsregierung sei, sich gegen das Volksgeschehen der Reichspolitiken mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen. In diesem Sinne sagten die Innenminister der Reichsregierung weitgehende Unterstützung zu.

Ämtliche Aufklärung.

Gezählt vor den Regierungs- und Oberpräsidenten.

Am Dienstag und Mittwoch weilten die preussischen Ober- und Regierungspräsidenten zu einer Konferenz in Berlin, die von dem preussischen Innenminister einberufen worden war und unter seiner Leitung stattfand. In seiner einleitenden Rede führte Innenminister Grefenstini u. a. aus:

Die Macht des Staates ist gestiftet und durchaus in der Lage, allen Schwierigkeiten Herr zu werden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, eine Folge des verheerenden Krieges, bilden den Nährboden, auf dem die radikalen Verbände gedeihen. Die extremen politischen Parteien machen demagogisch den heutigen Staat verantwortlich für die Folgen letzter Kriege, die lediglich der ungeheuren Belastung der Allgemeinheit infolge des verlorenen Krieges zuzurechnen ist.

In dieser Hinsicht bedeutet das Volksgeschehen gegen den Hingung-Kan weniger die antipolitische Gefahr, als eine innerpolitische Gefahr, denn es ist das Mittel, um alles, was dem heutigen Staat abnehmend oder feindselig gegenüber steht, zu sammeln, um so in der Zusammenfassung die staatsfeindlichen Kräfte destruktiver zu gestalten.

Es ist deshalb Pflicht sowohl der Reichs- wie auch der Staatsregierung, gegen dieses Beginnen Stellung zu nehmen, da die Kräfte, die sich an dem Volksgeschehen zusammenschließen haben, im letzten Ziel auf den politischen Umbau des heutigen Staates zu abzielen bezwecken. Reichs- und Staatsregierung dürfen sich daher nicht nur

mit der Abwehr begnügen, sondern müssen aktiv alles tun, um Aufklärung über die Ziele des Volksgeschehens zu verbreiten. In diesem Zweck müssen alle Bundesbehörden in den Dienst der Aufklärung treten.

In Verlauf seiner Ansprache wies der Preussische Minister des Innern ferner darauf hin, daß der demokratisch-republikanische Staat die vollste Versammlungs-, Rede- und politische Betätigungsfreiheit

seiner Staatsbürger gewährt. Aber das dürfe nicht zur Selbstverneinung führen. Es ist eine Frage der Selbstbehauptung des Staates, daß er sich nicht mehr in seinen Institutionen und seine leitenden Männer beschimpfen und verunglimpfen läßt. Nur das Fehlen des Republikanismus hat ein Situation wie die heutige geschaffen, die allerdings je länger je mehr auch für weitestehende Kräfte der republikanischen Bevölkerung unerträglich wird.

Was heute an Beschimpfungen und Frechheiten gegenüber dem Staat und den demokratischen politischen Staatsmännern geschieht, wird, hat mit politischer Reinsammlerei nicht das geringste mehr zu tun.

In den meisten Beschimpfungen kommt hinzu ein von den radikalen uninformierten Verbänden und den extremen politischen Parteien ausgehender Verleumdungswahn, der eine starke Beeinträchtigung der versöhnungsmäßigen Versöhnungsfähigkeit darstellt. Die Durchführung von Versammlungen oder politischen Demonstrationen ist heute vielfach nur durch Bereitstellen harter politischer Kräfte möglich. Dieser Zustand ist auf die Dauer nicht zu ertragen. Es ist deshalb Pflicht sämtlicher Behörden des Staates, der staatsfeindlichen wie der kommunalen Polizei, mit allen Mitteln diesem Verleumdungswahn entgegenzutreten. Der feindselige Staatshörigkeit muß unter allen Umständen die Herrschaft über den republikanischen Staat in seinen Rechten unbedingt gesichert und dafür auch die ganze Macht des Staates eingesetzt.

An die Ausführungen des Ministers schloß sich eine rege Ansprache, in der als einmütige Auffassung der Regierungs- und Oberpräsidenten zum Ausdruck kam, daß unbedingt der Staat mit allen seinen Mitteln dem heutigen Treiben der radikalen Elemente nachdrücklich entgegenzutreten müsse.

Wenn's sein muß, wird alle Tage daswischengefunkt.

Die Reichsregierung wird in Zukunft in Uebereinstimmung mit den Bundesregierungen täglich je nach Bedarf auf die Tagesnachrichten der Bundesregierungen in Presse durch sämtliche deutschen Rundfunksender zu verbreiten lassen.

Kumminische Regentkandidat.

Sozialdemokratie fordert Republik.

Bukarest, 10. Oktober. (Wg. Dr.) Das rumänische Parlament wählte am Mittwoch den Richter am Kassationshof Caraculianu zum Mitglied des Regentkandidats. Sozialdemokratie ist mit dem gegenwärtigen Finanzminister befreundet und mit dem Ministerpräsidenten Kian befreundet.

Die Wahl erfolgte mit 445 Stimmen. Die Sozialdemokratie gab weite Zustimmung ab. Sie ließ vorher eine Erklärung verlesen, in der sie sich für die Republik erklärte, wobei sie die republikanische Staatsform forderte.

Buzduguan,



Das Mitglied des rumänischen Regentkandidats, ist im 63. Lebensjahr gestorben.

Minister des Reichstagspräsidenten. Reichstagspräsident Bode feiert Ende dieses Monats nach Berlin zurück. Der Zeitpunkt für den Wiederbesuch des Reichstags liegt noch nicht fest. Gegenüber in London. Ruc Donald hat den amerikanischen Staatspräsidenten Hoover nach London zu einem Gegenbesuch eingeladen. Hoover soll die Einladung bereits angenommen und seinen Besuch in London für das kommende Jahr in Aussicht gestellt haben.

Berlin, 10. Oktober. (Radio.)

Was bisher in der Elarets-Affäre von rechts und links „entfaltet“ worden ist, hat sich zum größten Teile als aufgebauscht oder als freierfunden erwiesen. Dennoch läßt man sich sowohl auf deutschnationaler, wie auf kommunistischer Seite in dem Glauben, den Lesern aus politischen Gründen täglich neue Enttarnungen aufzutischen, nicht abblenden.

Da es ist doch interessant, was heute ein nicht offizielles kommunistisches Blatt über die Deutsch-nationale Partei enthält, für deren Rolle die Elarets angeblich ebenfalls selber zur Verfügung gestellt haben. Wörtlich sagt das Blatt:

„Widerlegt haben die Gebrüder Elarets namhafte Beiträge in die Parteiliste der Deutsch-nationalen Volkspartei abgeführt, die sich nicht scheuten, das Geld ihrer jüdischen Privatvermögen entgegenzunehmen.“

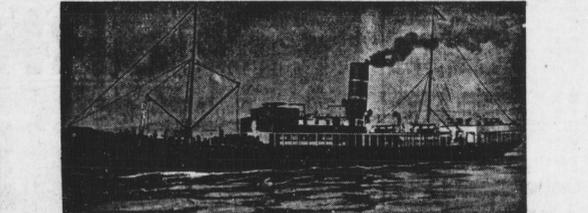
Die Ermittlungsrolle spielte der deutsch-nationale Stadtrat Paul Bangow. Schatzkammer der Deutschnationalen Volkspartei, Bezirk Berlin. Bangow war ständiger Gast bei den Elarets und stand mit dem Gebrüder aus Du und Du. Mehr als einmal haben die Jüden der Elarets die namhafte Beiträge des Herrn Bangow mit sich führen lassen. Bangow trat bei jeder Gelegenheit und unpassenden Gelegenheiten an die Elarets als Bevollmächtigter der Deutschnationalen Volkspartei heran und verhandelte über die nicht unterschätzlichen Spenden. Mit Bangow teilte sich in diese Freundschaft der

deutsch-nationale Stadtrat Paul Bangow, der gleichzeitig Mitglied des Kreditinstitutes der Reichsbank und Mitglied des Aufsichtsrates der Berliner Anwartschaftsgesellschaft ist. Als der Bangow vor einiger Zeit zum zweiten Male heiratete, wurde die Hochzeitsfeier zur Kirche und zum Standesamt in den Autos der Gebrüder Elarets gemacht. Diese Vorgänge, die einem weiteren Kreise bekannt waren, werden überflüssig von der Zeitung, die sogar das Selbstbildnis der Braut und ein Foto von der Braut von den Elarets geschenkt worden sind.“

Soweit die kommunistische Presse, die natürlich bestrebt ist, durch neue Enttarnungen und Behauptungen davon abzuweichen, daß kommunistische Stadträte durch selbstherrlichen Mißbrauch von Vertrauens in die Elarets die Ursache des ganzen Elarets-Skandals heraufbeschworen haben. Im Mittwoch kam es darüber in der Bezirksversammlung in Schöneberg zu einer Aussprache, in deren Verlauf der deutsch-nationale Bürgermeister Bernotz erklärte: „Trotz meines im Jahre 1926 gegen meine Schriftstellerschaft von dem Beauftragten des Magistrats, den kommunistischen Stadtratverordneten Gabel, der immer wieder einmündig zum Raub bei den Elarets aufrief, habe ich das Begehren ablehnend beantwortet, da ein Eingebildeter die Würdevolligkeit der Elarets nicht feststellen konnte.“

Die Seite der Eugenbergsche und ihrer kommunistischen Tabakanten dient also nicht dem Zweck, die eigenen Schäden zu verdecken.

Die Schiffskatastrophe in Norwegen



Der Dampfer „Gadon VII.“ der schwedischen See- und Handelsflotte auf ein Riff lief und 20 Personen werden vermisst.

Flugplatz freigegeben.

Frankfurt a. M., 10. Oktober. (Wg. Dr.) Der Flugplatz zwischen Ansbach und Weizenturm, der seit zehn Jahren von den französischen Besatzungstruppen besetzt war, wurde jetzt freigegeben. Außerdem haben die Franzosen die Schuppen und Gebäude bei Hühnerhof bei Mühlheim an die Reichsregierung übergeben wieder abgetreten.

Der auf dem Flugplatz Wadernheim bei Mainz von einem französischen Posten erschlagene Mann ist ein schwedischer obachtjähriger Arbeiter, der sich in der Dunkelheit auf den Flugplatz verirrt hatte. Die französischen Behörden haben bei der Auffindung des Leichnams über den Sozialfall ausgesprochen.

Gold aus Viel?

Der „Goldmacher“ Laufend.

München, 10. Oktober. (Wg. Dr.) „Mittig wird zu dem Fall des „Goldmachers“ Laufend mitgeteilt: „Bei einigen Fällen der Betrugsfälle gegen Laufend ist die Frage, ob er wirklich arbeitslos ist, Gold auf synthetischem Wege herzustellen, ohne besondere Bedeutung; bei den übrigen Fällen aber liegt die Frage darin, ob er den Betrug über die Entdeckung der Ursubstanz gemacht hat. In seine der Voruntersuchung wurde ihm Gelegenheit gegeben, die Richtigkeit seiner Entdeckung zu erproben. Die Versuche fanden im hiesigen Hauptamt unter hiesiger Aufsicht und Kontrolle statt. Am Schluß der Versuche übergab Laufend einen Gelmetallern im Gewicht von nicht ganz ein Zehntel Gramm, der gewiss aus seinem Gold besteht. Der Rest ist aus einer Mischung von Gold und Silber.“

Rabul gefallen?

Ausfischen für Aman Hah.

Was Rabul nicht gemeldet. Der Rabul, der allerdings noch nicht amtlich bekannt wurde, ist aus drei beschriebenen Quellen gemeldet worden. Nach der Einnahme von drei vorgeschobenen Stellungen drangen die beiden Truppen Schah Rais, des Erben der Rabul, ohne Widerstand in die besetzten Städte ein. Die Truppen Schah Rais besetzten die Stadt. Rabul Hah selbst lag auf dem Boden eines Hinganges. Die Bevölkerung Rabul ist halb verhungert. Es ist möglich, daß man Aman Hah gefangen hat.

Bier Todesopfer

der Dampferexplosion.

Bei der Explosion des Dampfers im Bremer Hafen sind insgesamt vier Tote und drei Schwerverletzte zu beklagen. Unter den Toten befindet sich ein 14jähriger Knabe. Die Identifizierung der Todesopfer ist durch deren granatartige Verwundung erschwert. Es dürfte sich um Passagiere der Besatzung jener Dampfer handeln, die nahe der Untergangstelle vor Anker lagen.

Eine Verbrecherinternationaler

Einer sellenamer Internationaler ist man bei der Verhaftung eines berüchtigten Einbrechers in Brasilien auf die Spur gekommen. Man fand bei einem der Verbrecher ein Wörterbuch, das, wie sich bald herausstellte, der Verbrecherverhaftung der Gauner aller Länder dient. Als man in dem Wörterbuch den Namen der Verbrecher auf einem Internationalen Verbrecherkongress in dem spanischen Ort Sevilla, an dem Spanien, Portugalien, Deutsche, Italiener, Engländer, Franzosen, Griechen und Niederländer, Verbrecher aller Nationen, erhalten zu haben. Der Kongress habe beschlossen, nicht nur einen internationalen Zusammenstoß aller Verbrecher ohne Ansehen ihrer Nationalität in die Wege zu leiten, sondern auch

und einen Schiffsverkehr auszuweiten, nach dem sich die Mitglieder in Arbeit und Gewinnen teilen. Auch der internationale Widerstand für die Genesungsfrage sei auf diesem Kongress beschlossen worden.

Wenn Stürme rasen.

Ein Wirbelsturm von seltener Stärke richtete nordöstlich von Paris in dem bei Paris gelegenen Ortchen Garchy große Verheerungen an. Die elektrischen Anlagen wurden vollkommen zerstört. Ein großer Teil der Häuser ist vollkommen abgedeckt worden. Drei Arbeiter wurden vermisst, neun mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden.

Befängnisstrafen für Autoeater.

Das Schöffengericht Berlin verurteilte den kaufmännischen Angestellten Doll wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu einem Jahr drei Monate Gefängnis und den Chauffeur Ratschka wegen der gleichen Verbrechen zu vier Monaten Gefängnis. Die beiden Angeklagten waren an einer Straßenkreuzung in Stellung mit ihren Autos zusammengefahren. Infolge des Zusammenstoßes waren die Autos auf den Bürgersteig geraten und hatten eine Person umgestoßen, wobei eine Frau getötet und mehrere Personen verletzt wurden. Der Tagometer des Angeklagten zeigte an, daß er mit einer Stundegeschwindigkeit von 75 Kilometer gefahren war.

Ausfischereiche Verhandlungen mit Polen.

Berlin, 10. Oktober. (Radio.)

Der deutsche Gesandte in Warschau Ulrich Karscher hat seit seiner Rückkehr nach Warschau mit den polnischen Behörden tagelange Verhandlungen über die Wiederannahme der deutsch-polnischen Handelsverträge geführt und mit Polen den neuen deutschen Vorschlag übergeben, der von den polnischen Reichsministern gemeinsam ausgearbeitet worden ist. Der Vorschlag, der u. a. auch die Unterzeichnung des verstorbenen Reichsheiministers Dr. Stresemann trägt, ist von polnischer Seite sympathisch aufgenommen worden.

Sozial-Kreuznach.

Schamlosigkeit höherer Schulbuben

Am Tage nach dem Tode des Reichsgerichtspräsidenten stand an der Tafel einer der oberen Klassen des Kreuznach-Gymnasiums in großen Dimensionen: „Eitelmann weg, Gott sei Dank und Bravo.“ Eher vor den Schülern der Klasse nach der Leitung der Schule ist gegen die Urheber dieser Schandtat des toten Staatsmannes bisher etwas unternommen worden. Nicht einmal eine Untersuchung wurde eingeleitet. Das Beispiel von Sozial hat also nicht den geringsten Eindruck gemacht. Öffentlich können wir gegenüber dem Bildungsminister recht bald „Gott sei Dank und Bravo“ sagen.

Bon der SPD. zur SPD.

Nach der Rückkehr aus Sowjetrußland

Freiburg i. B., 10. Okt. (Wg. Dr.) Das langjährige Mitglied der Kommunistischen Partei, Diplombibliothekar Dr. Walter Müller (Wörrach) ist nach seiner Rückkehr aus Sowjetrußland, wo er längere Zeit tätig war, von der SPD zur SPD übergegangen. In der Freiburg. Volksstimme schreibt Müller zu seinem Schritt:

„Bei den in letzter Zeit immer häufiger werdenden Uebertreten von Kommunisten in die Sozialdemokratische Partei ist es nicht, Erläuterungen abzugeben. So kann auf eine solche Erklärung verzichten. Denn meiner Ansicht nach sind nicht diejenigen, die sich zum Uebertreten zur SPD entschließen, zu einer Erklärung verpflichtet, sondern einzig und allein diejenigen Kommunisten, die die schuldigen Schritte aus freiwilliger Überzeugung bei einer Partei verzeichnen, die heute schuldig ist, einen „Arbeitsvertrag“ zu schließen, ist die Arbeiter gerade noch gut genug sind, als Mitglied einer baskierten Partei zu dienen.“

